ZECK

Nr. 137 März / April 07

Das Krawallblatt aus der Flora

kost nix

Heiligendamm

Hamburg

Rostock

Smash G8

our convergence centers are waiting for you:

Hamburg: 25.5.-10.6.
Rote Flora, Ex-Schulterblatt 71
convergence-HH@nadir.org

Berlin: 21.5.-16.6.
mail.cc_Berlin@nostate.net

Rostock: 25.5.-01.6.
cc-rostock@riseup.net



Vorwort

Hallo werte Leser_innen,das mit den Zusendungen klappt zurzeit ja hervorragend. Noch hervorragender wäre es, wenn ihr sogleich einen Ausdruck zu den CDs oder den Disketten legt, bzw. umgekehrt die jeweiligen Texte/Bilder auf einer Diskette oder CD gespeichert mitsendet. Sehr geheimnisvoll fanden wir den kleinen Umschlag mit der CD, die reihenweise "yyyyy ..." oder bei weiteren Öffnungsversuchen auch "########## ..." enthielt. Diejenigen, die ihren zugesendeten Text in dieser Ausgabe vermissen, sollten uns den nochmals zukommen lassen. Und diesmal gerne mit Ausdruck!

G8 wirft ihre Schatten gerade auch auf Hamburg, da im Augenblick einiges los ist bzw. los war. In diesem Zusammenhang sei noch mal allen Annas und Arthurs & friends der Artikel zu den 129a Verfahren in Hamburg ans Herz und Hirn gelegt.

Der aktuellen Debatte um die Gefangenen aus der RAF stellen wir den Artikel von Inge Viett entgegen. Trotz des zum Teil archaischen Duktusses des Artikels, sehen wir es als unabdingbar an, die Geschichte der RAF aus dem historischen Kontext heraus zu betrachten.

Freiheit für alle RAF Gefangenen!!!

Christian Klar, Brigitte Mohnhaupt (beide sitzen seit 1982 im Knast), Eva Haule (seit 1986) und Birgit Hogefeld (seit 1993) müssen raus - sofort und bedingungslos!!

Zeck-Red

Inhaltsverzeichnis:

Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä. möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, am besten als Textdatei. Disketten können nicht zurückgegeben werden. Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 10 Euro à drei Ausgaben. Geld in einem Umschlag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!).
Eigendruck im Selbstverlag.

Liebe Zecken und Zeckinnen.
Leider wird eine Stellungnahme des Floraplenums zum Thema taca taca ta nicht rechtzeitig zu eurer nächsten Ausgabe fertig werden.
Darum nur die Ankündigung das es eine Stellungnahme in der übernächsten ZECK zu taca taca ta geben wird. Davor wird es die Stellungnahme aber schon in Form eines Flugblattes geben. Wir bemühen uns so schnell wie möglich die Stellungnahme fertig zu bekommen.



Peoples global action Infopunkt im Schwarzmarkt



Kontakt: schwarzmarkt-pga@riseup.net
Offenes Treffen jeden ersten Mittwoch im Monat ab 16h

Auf zum Bauwochenende in der Roten Flora!

Am 25.03.2007 findet ab 12.00 Uhr ein Bautag in der Flora statt. Über euer zahlreiches Erscheinen würden wir uns freuen. Wenn Ihr Materialspenden in Form von Farben, Holz, Stoffen,usw. habt, sind die auch gern gesehen. Für Frühstück und gute Stimmung wird gesorgt sein.

Archiv-Öffnungszeiten

Leider muss das Archiv, in der Roten Flora, seine Öffnungszeiten reduzieren. Ab dem 01.04.2007 hat das Archiv nur noch Montags, dafür aber von 15 bis 20 Uhr geöffnet (und nach Absprache natürlich immer noch!).

Archiv der Sozialen Bewegungen
Hamburg, Schulterblatt 71,
Tel.:040/433007

Ungdomshus blir

Eine Räumung des Ungdomshus ist nun näher als jemals zuvor, nachdem der Fond Jagtvej 69 (ist das ein UnterstützerInnenverein des Ungdomhuset D.Sätzer) die letzten Versuche eine Lösung zu finden aufgab.

Der letzte Vorschlag schaffte nur neue Probleme: Die Stadt verlangte aktive Aufsicht im Ungdomshuset zu bekommen. Eine Forderung, die das Ungdomshus nicht akzeptieren wird. "Wir müssen erkennen, dass der Vorschlag nicht durchgeführt werden kann. Jetzt zieht der Fond sich ausgemattet zurück, es gibt nichts mehr, was wir tun können. Aber wenn eine der beiden Seiten uns brauchen, werden wir natürlich zur Verfügung stehen."

Der gescheiterte neueste Lösungsvorschlag wurde auf einem Treffen von Parteien, Fond und Ungdomshuset-AktivistInnen am Dienstag erarbeitet. Er sah vor, dass der Fond Jagtvej 69 die 12 Millionen Kronen an die Behindertenschule spendet, um einen Neubau zu finanzieren. Die Stadt sollte im Gegenzug dem Ungdomshuset das Haus in der Stevnsgade schenken.

**** Die Erklärung des Ungdomshuset zu dem Treffen am 20.2: ****

Ein Treffen in Kopenhagen und Aktionen in Frankreich, Deutschland und Russland

Während sich RepräsentantInnen des Ungdomshuset gerade mit der Oberbürgermeisterin von Kopenhagen trafen, besetzten französische AktivistInnen das dänische Konsulat in Lyon. Auch in Berlin und Moskau haben AktivistInnen in der letzten Woche Unterstützungsaktionen fortgesetzt. Auf einem Treffen im Rathaus trafen sich heute Leute aus dem Haus mit PolitikerInnen der Sozialdemokraten um die vier Forderungen des Hauses zu beraten. Sie beinhalten, dass das Haus in der lokalen Umgebung sein muss, dass es so groß oder größer als das Ungdomshuset sein muss, dass es selbstbestimmt sein muss und dass es uns geschenkt werden muss.

Die PolitikerInnen weigern sich immer noch uns das Haus allein aufgrund des Faktes, dass die Stadt unser jetziges verkauft hat, zu schenken. Das Treffen hat also nicht zu einer Lösung des weitergehenden Konfliktes geführt. Aber die uns unterstützenden PolitikerInnen und Fond wollen weiter nach einer noch nicht probierten Lösungsoption suchen. Es hat immer noch niemand die Hoffnung aufgegeben. Traue niemals einemR PolitikerIn. Während das Treffen im Rathaus im Gange war, bekam die örtliche Regierung ein Fax aus Frankreich das verkündete, dass das dänische Konsulat in Solidarität mit dem Ungdomshuset besetzt wurde. 15 Leute hatten sich ihren Weg ins Konsulat gebahnt, während 50 andere draußen Flugblätter verteilten.

Nur eine Woche vorher, demonstrierten AktivistInnen in Berlin vor der dänischen Botschaft und überreichten einen Unterstützungs-Brief an die dänischen BotschafterInnen. Ein Tag nach der Aktion in Deutschland machten AktivistInnen ein Straßentheater vor der dortigen dänischen Botschaft.

Ungdomshuset, 20. februar 2007"
http://www.ungeren.dk

Ungdomshuset Anti-Rep.-Soli-Party

Am 16.03.07 wird in der Roten Flora eine Ungdomshuset-Soli-Party stattfinden. Anlass geben die andauernden Kämpfe um das Ungdomshuset in Kopenhagen welches seit Mitte Dezember akut von der Räumung bedroht ist und die damit verbundenen Repressalien unter anderem gegen die sogenannten "internat. Brigaden".

(siehe auch :startseite http://de.indymedia.org , http://de.indymedia.org/2007/01/166505.shtml , - news auch immer wieder unter www.altemeierei.de.)

Einige Aktionen:

- Im September reclaim the streets party welche zahlreiche Verhaftungen zur Folge hatte - die Menschen waren teilweise bis Dezember in U-Haft.

- Im Dezember gab es zunächst eine Demonstration einer lokalen Solidaritäts-Initiative mit über 5000 Leuten zum Rathaus. Und am Tag darauf die militante internationale Demo welche vom Haus aus ebenfalls zum Rathaus gehen sollte jedoch schon einige Meter weiter von Polizeieinheiten in eine Auseinandersetzung verwickelt wurde und in dem Einsatz von Tränengas und der Festname von 300 Menschen gipfelte. Es wurden hiernach auch Minderjährige über 2 Tage lang festgehalten und den meisten die Strafe von 1Jahr und 8Monaten in Aussicht gestellt,was eine ED - Behandlung + DNA zur Folge hatte. Vor Ablauf der 72 Stunden Frist wurden die meisten AktivistInnen aus D-Land mit Busen aus Dänemark abgeschoben.

- Inzwischen kam es zu 2 weiteren Besetzungen in Kopenhagen um weiterhin darauf hinzuweisen dass es keine Stadt ohne Ungdomshuset geben wird. *(siehe auch : http://de.indymedia.org/2007/02/167668.shtml.)*

Um gegen diese Repression vorzugehen wird ne Menge Geld benötigt! - insbesondere wird das durch die an der Party eingenommenen Spenden für die AnwältInnen der ca. 22 abgeschobenen Menschen aus D verwendet werden.(sollte was übrig bleiben geht das natürlich nach Kopenhagen). Auf der Party erwarten euch Djánes wie headshot (Basscontrolers , Headshakaz, HH /bassrk(gringecko,Lüneburg,HH)/euphoria(destination recordings,intrensigent digital,HH und Radiator(punk Rock mit chello) + last line of defense (hardcore) im Keller (+ Haifischbar).- untermalt wird das ganze durch nette Clips von vor Ort.

Der Kampf geht weiter!
Ungdomshuset blir!
Solidarität ist eine Waffe!

Keine Demo ohne EA

An die politischen Gruppen Hamburgs und Einzelpersonen

Sobald ihr eine Demo/Aktion organisiert, oder an Vorbereitungen beteiligt seid, solltet ihr euch auch um den Ermittlungsausschuss kümmern. Denn wer Demo denkt, muss EA denken! Wir sehen es nicht als unsere Aufgabe den Hamburger Demo + Aktionskalender auswendig zu kennen und ständig auf Abruf zu sein!!! Wir bitten um eine frühzeitige Information, denn auch wir brauchen Vorlauf für die Organisation einer Demo; z.B. die Anfrage von Rechtsanwält_innen für eure Demo/Aktion. Die von uns angesprochenen Rechtsanwält_innen kümmern sich hauptsächlich um Ingewahrsamgenommene und Festnahmen. Wenn ihr Rechtsanwält_innen vor Ort braucht kümmert euch bitte selbst darum. Wir stehen euch gerne beratend zur Seite. Sagt uns 2-3 Wochen vor der Aktion/Demo Bescheid. Anfragen, die nach Montag vor der Aktion/Demo kommen erreichen uns nicht mehr. Wichtig ist für uns auch eine Kontaktperson, die wir während der Aktion/Demo erreichen können und die uns verbindlich den Start und das Ende der Aktion/Demo mitteilt. Wir nehmen auch gerne an Vorbereitungstreffen teil. Montags von 19-21 h könnt ihr unter der üblichen Nummer: 43278778 persönlich mit uns sprechen, oder zu jeder anderen Zeit Nachrichten auf unserem AB hinterlassen. Ihr erreicht uns auch per mail unter: infoea-hh.org, oder ihr hinterlegt die Anfragen in unserem Postfach im Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg Nochmals, es ist nicht nur wichtig, dass die 1.Reihe steht, sondern dass auch das EA Telefon besetzt ist, sonst nützt euch die schöne Nummer gar nichts!

Euer EA Hamburg

Imaginierte Tabus und schönes Gedenken

Zum Konzert von NoVisa am 27.1.2007 in der Flora

Eine Gruppe junger Deutscher steht auf einer Bühne und behauptet: "Es gibt in Deutschland ein letztes Tabu-Wort. Das ist ‚Jude'". Und fordert daraufhin die Zuschauer_innen auf, laut ‚Jude' zu rufen. Die Versammelten, überwiegend Deutsche, entsprechen zumindest teilweise diesem Wunsch, so dass es nachts, am 27. Januar, aus der Flora schallt: JUDE.

Dazu einige kurze Anmerkungen. Eine Tabuisierung dieses Begriffes und aller damit assoziierten fand in Deutschland tatsächlich statt, unmittelbar nach dem Krieg, als kollektive antisemitische Stille. Nachdem der us-amerikanische Hochkommissar für Deutschland, John McCloy, in einer Rede formulierte, dass die Einstellung der Deutschen zu den Juden die Feuerprobe der deutschen Demokratie sei, brach das Tabu zugunsten eines abstrakten Philosemitismus auf. Nicht aus einer Einsicht in die antisemitischen Denkstrukturen der meisten Deutschen und in die deutsche Vernichtungstat, sondern aus Sorge um die eigene deutsche Nation. Es wurde angenommen, dass durch philosemitische öffentliche Bekenntnisse die deutsche Souveränität ein Stück näher käme, also im ureigensten Interesse der deutschen Nation wäre. Der abstrakte Philosemitismus, der lange Zeit politischer Stil wurde, brauchte die konkreten Jüd_innen nicht, und brauchte vor allem keine Auseinandersetzung mit der deutschen Judenvernichtung. Seine Aussagen sind nichts anderes als positiv gewendete antisemitische Stereotype. Für die deutsche Linke bedeutete dies eine Überidentifizierung mit allem Jüdischen, eine große Kibbuzim-Begeisterung und schließlich, als sich herausstellte, dass die Opfer von damals sich verteidigten und so zu Täter_innen wurden, eine große Enttäuschung, denn ‚ausgerechnet die Juden müssten es doch besser wissen'. Über den hierauf folgenden, antizionistisch verbrämten Antisemitismus der Neuen Linken wurden schon genug geschrieben.

Was also soll es bedeuten, wenn deutsche Linke heute wieder ein Tabu um das Wort ‚Jude' behaupten? Wer soll dieses Tabu festgelegt haben? Tabus herrschen in den Köpfen jener, die fordern, sie zu brechen. 'Man wird doch wohl noch sagen dürfen...' - oder endlich mal wieder.

Es gibt kein Tabu um diesen Begriff in Deutschland. In den Schulen und auf den Strassen ist er längst wieder ein Schimpfwort geworden. In Polen wird das deutsche Worte, nicht das polnische, in antisemitischen Schmierereien verwendet. Einem israelischen Linken wie Amos Oz läuft es kalt den Rücken runter, wenn er das deutsche Wort Jude hört. Aber eben einem israelischen Linken, nicht einem deutschen. Wenn Israelis/Jüd_innen Judenwitze erzählen, stellt dies eine Aneignung dar. Erzählen Deutsche, auch deutsche Linke, die sich irgendwie selbst für Juden halten, sei es weil sie eine Zeit in Israel gelebt haben, sei es weil sie ‚jiddish-polski-bluegrass-humpa' spielen, solche Witze, zeugt das von einer unglaublichen Ignoranz gegenüber der tatsächlichen Vernichtung, und von einem wohl eher aus persönlichen Defiziten entstehenden Bedürfnis, sich auch mal als Opfer zu inszenieren. Der Philosemitismus, schreibt Marcuse, ist eine deutsche Therapie für einen deutschen Schmerz. Und dies ist nicht der Schmerz über die Vernichtung von sechs Millionen Juden und anderer Menschen, nicht der Schmerz, immer noch in einer Gesellschaft zu leben, in der Adornos Imperativ weiterhin gilt, sondern der über die Unmöglichkeit, sich nach Auschwitz auf eine positive deutsche Identität zu berufen. Der Satz, mit dem NoVisa ihre Höhrer_innen bei ihrem Konzert am 27. Januar entließen, bestätigt dies dann auch auf fast schon satirische Weise: "Einen schönen Holocaust-Gedenktag noch!" Schöner gedenken, um sich als die besseren Deutschen zu fühlen. Darin war die deutsche Linke schon immer gut. Geschichte wiederholt sich zwar nicht, die Idiotien der deutschen Linken anscheinend schon.

Und für alle die, die am 27.1. in der Flora waren, ungläubig den Kopf geschüttelt haben, aber nichts unternahmen und vielleicht auch weiterhin Konzerte dieser Band besuchen oder ihr ermöglichen aufzutreten, gilt wie immer: Wer schweigt, stimmt zu.

AG Gewalt & Theorie

Unhaltbare Zustände bei FSK

Am 27.1.07 fand in der Roten Flora eine Soli-Party statt für Prozesskosten aus den Wasserturm-Verfahren. Die Party war ein großer Erfolg und brachte neben viel Spaß auch ordentlich Geld für die Solikonten des Widerstands gegen den Hotelneubau im Schanzenpark. Allen Beteiligten sei auf diesem Weg ein dickes

Danke Schön!

gesagt. Ärgerlich war allerdings ein Zusammentreffen mit dem FSK (freies Sender Kombinat, ein freies Radio in Hamburg)- Mitarbeiter W. Als Werbung für die Party war ein Jingle erstellt und an FSK gegeben worden mit der Bitte, ihn doch ab und an zu spielen. Auf der Party selber teilte W. nun grinsend einer Frau, die an der Erstellung des Jingles beteiligt war, mit, er habe diesen "verstümmelt", weil er ihm nicht "gefallen" habe. Er wolle jetzt aber nicht dar-

über diskutieren und bot einen Termin 6 Tage später an.

An betreffendem Tag erschienen wir zu dritt beim FSK und versuchten mit W. über das Vorgefallene zu sprechen. W. spielte uns beide Versionen vor. Das Original, so W., sei inhaltlich ein Rückschritt in überwunden geglaubte Irrtümer und würde einen "Heimatbegriff Schanzenviertel" propagieren. Abgesehen davon, dass ich diesen Inhalt in keinerlei Weise wiederfinden konnte, noch erkennen konnte, worin sich die geänderte Version inhaltlich vom Original unterschied, fand ich es unglaublich, dass W. sich einfach das Recht herausnimmt, gestalterisch einzugreifen. Auf unsere Nachfrage, warum er denn keine Rücksprache gehalten habe, meinte W., auf die Idee sei er nicht gekommen, verlangte von uns aber quasi Dankbarkeit dafür, dass er "drei Stunden Arbeit" in den Jingle gesteckt habe.

Der ganze Vorgang wäre höchst banal und keiner Zeile wert, wenn sich hier nicht erneut ein zutiefst undemokratisches Selbstverständnis eines FSK-Mitarbeiters äußern würde, der sich scheinbar als Chefredakteur aufspielt in einem Projekt, dass doch eigentlich der emanzipatorischen Zusammenarbeit verschrieben ist. W. nahm unsere Kritik in keiner Weise an, "dann gibt's beim nächsten Mal eben keinen Jingle" und "Ihr könnt ja ein Flugblatt schreiben" waren seine höhnischen Kommentare.

Noch mal, zur Klarstellung: Inhaltlich lässt sich ja über vieles Streiten. Natürlich kann ein Projekt wie das FSK auch Inhalte als nicht sendefähig ablehnen. Aber nicht selbstherrlich durch eine Einzelperson, und schon gar nicht ist es o.k. ohne Rücksprache selber verändernd einzugreifen.

Ein Mensch aus der Partyvorbereitung

Erklärung

Nach 6 Jahren und 3 Monaten ununterbrochener Hungerstreikkette ist die älteste Auseinandersetzung in der Geschichte der Gefangenenkämpfe zum Erfolg geführt worden. Nach Erfüllung unserer Forderungen durch die Türkische Regierung ist dieser Kampf beendet. Ich breche mit dem heutigen Tag meinen seit Oktober 2000 laufenden Hungerstreik hiermit ab. In Gedanken bin ich bei den 122 Gefallenen Genossinnen und Genossen und bei den vielen Menschen, die uns Gefangene über diese lange Zeit mit Rat und Tat zur Seite gestanden haben.

Wir haben den Beweis erbracht, dass Widerstand möglich ist. Es ist also nicht angebracht, den Mut und die Zuversicht zu verlieren. Wenden wir uns also mit aller Stärke den kommenden Aufgaben zu. Das bedeutet auch, dass wir gemeinsam die im Verlauf dieses Kampfes entstandenen Entfremdungen überbrücken und uns noch fester zusammen schließen.

Rainer Dittrich
JVA Lübeck, 25. Januar 2007

---

30. BUKO vom 6.- 9. 07 in Leipzig

Zwei Monate vor dem Gipfelspektakel hat der BUKO30 die Absicht, Perspektiven und Praxis miteinander zu verknüpfen. Er will Raum schaffen für die Verknüpfung von Themen, Alltags- und Strukturfragen aus den unterschiedlichen Bewegungen, für die Vermittlung zwischen lokalem und globalem Widerstand, zwischen sozialen Prozessen vor Ort und international(istisch)er Politik - und zwischen den unterschiedlichen Realitäten. Und das auch in Bezug auf 30 Jahre Internationalismusgeschichte, wie das Netz der BUKO sie mitgeprägt hat.

Beleuchten wollen wir dabei unter anderem Verweigerungsmöglichkeiten und kreative Potenziale persönlicher wie kollektiver Aneignungen. Angeschlossen daran sind Fragen nach direkter Kommunikation und konkreter Organisierung. Außerdem sollen die im Zuge der diesjährigen Großmobilisierungen weitgehend ausgeblendeten Themen (wie z.B. Feminismus und Antisemitismus) Platz finden. Antikapitalistische, antirassistische, feministische, radikal-ökologische, antinationale, antifaschistische und antispeziezistische Positionen sind willkommen, sich kritisch-solidarisch aufeinander zu beziehen und sich nicht gegeneinander auszuspielen. Insofern versteht sich der BUKO als offene Plattform.

Das bedeutet aber auch, partizipative Formen der Diskussion wie des Erfahrungsaustauschs zu realisieren, die Polarisierung zwischen "akademischem" und "praktischem" Wissen zu durchbrechen und vielleicht zu eng gefasste politische Felder gemeinsam neu zu denken. Inhaltliche Knotenpunkte werden bisher unter Arbeitstiteln wie "Energie", "Migration", "Militarismus", "Ökonomisierung und Privatisierung" sowie "Geschlecht-Macht-Politik", "Widerstand und Organisierung" und "unerwünschte Anschlüsse" vorbereitet. Unter dem plakativen Motto macht#netze eröffnen wir die Diskussion und freuen uns auf rege Beteiligung am BUKO30 vom 6.-9. April in Leipzig.

19., 20., 21., 22., April PREMIERE
Vers- und Kaderschmiede

SCHULE DER ARBEITSLOSEN

(vors Joachim Zelter)

Es lesen und spielen, auf der Bühne und von der Leinwand

GILLA CREMER, THOMAS EBERMANN, DIETMAR MUES, JACQUES PALMINGER, LISA POLITT, JÜRGEN RUFENACH, ROCKO SCHAMONI, VICTORIA TRAUTTMANSDORFF, MICHAEL WEBER, GUSTAV PETER WÖHLER u. v. m.

Das Stück spielt im Jahre 2016. Dann ist nicht alles anders, man ist nur etwas weiter. Arbeitslose zum Beispiel können kaserniert werden, natürlich nur "freiwillig"- wenn man nicht fragt, was passiert, wenn jemand dem "Angebot" nicht folgt.

Die Internierten, die auch nicht so genannt werden, weil "Trainees" viel schöner klingt, werden rund um die Uhr fit gemacht. Sie müssen lernen, dass die Bewerbungsunterlagen und der Lebenslauf nicht wahr, sondern spannend zu sein haben. Sie müssen eine Identität erfinden, die dem "Markt" gefällt, also Lücken tilgen. Events einbauen, Dramaturgien entwerfen, Lügen einsetzen, Selbsterfindung als Selbstauslöschung. Und sie müssen die konventionelle Art der Suche, also das Studium von Stellenanzeigen, ersetzen durch das Studium von Todesanzeigen- denn hinter mancher Traueranzeige kann sich ein freigewordener Arbeitsplatz verbergen. Da in "Sphericon" der ‚ganze Mensch' neu geformt werden soll, sind Pausen eigentlich nicht vorgesehen. Wenn kein Unterricht ist, geht man in den Fitness-Keller oder schaut sich die neueste Folge der Fernsehserie "Job Quest" an, deren Helden durch Skrupellosigkeit und Wagemut stets einen Arbeitsplatz erobern. Und wenn auf dem Stundenplan gute Laune und ausgelassene Stimmung steht, dann wird im Partykeller kein Miesmacher, kein Spielverderber geduldet. Die Richtlinie der Schulleitung sieht vor, dass die schnelle Eroberung eines Sexualpartners ein Lernziel ist, denn "Diversität, Novität, Kontingenz" gehören zum "New Life" und "Promiskuität ist eine Fähigkeit per se." Schließlich sollen alle begreifen: "Sich aus einer bestehenden

Stellung jederzeit auf eine neue Stelle bewerben zu können...ist Freiheit."

Eine dramatische Wende erlebt der Alltag in "Sphericon", als von der Bundesagentur ein tatsächlicher Arbeitsplatz, die Stellung eines Trainees, feierlich übergeben wird. Aus Trockenübungen wird die reale Konkurrenz der 150 Absolventen um diesen Job. Das stellt auch Karla und Vladimir, die sich gefunden hatten und nicht immer gehorsam waren, auf eine harte Probe. Anpassung oder Verweigerung... "Genau darin liegt die Meisterschaft Joachim Zelters, dass er Spannung und Pointen millimetergenau setzen kann, dass er im Komischen stets das typisch Menschliche, Endliche, Tragische aufspürt." (Süddeutsche Zeitung) Man wird also, bei dieser szenischen Lesung, häufiger heftig lachen müssen schließlich ist die Wirklichkeit lächerlich und erschreckend zugleich.

Die Abende sind eine gemeinsame Veranstaltung des DGB und der Vers- und Kaderschmiede.

---

08. März 19.30 Uhr Werkstatt 3

"Yo decida mi vida"- Ich entscheide über mein Leben

Der Kampf nicaraguanischer Fraueninitiativen gegen das generelle Abtreibungsverbot.

Im Oktober 06 wurde trotz zahlreicher Proteste eine Gesetzesänderung in Nicaragua verabschiedet, welche Abtreibung ohne Außnahme unter Strafe stellt. Die seit Januar 07 regierende Sandinistische Partei FSLN stimmte mit breiter Mehrheit zu.

Violeta Delgado, ehemalige Leiterin des "Red Mujeres contra la Violencia" und leitendes Mitglied der Frauenbewegung "Movimiento Autònomo de Mujeres" (MAM), berichtet über den Kampf der nicaraguanischen Fraueninitiativen gegen die Gesetzesänderung. Gemeinsam tragen sie nicht nur den Protest auf die Straße, sondern klagen auf nationaler und internationaler Ebene gegen den nicaraguanischen Staat. Die MAM koordiniert des Weiteren eine Kampagne zur Legalisierung von Abtreibungen in ganz Lateinamerika.

Veranstalter: Nicaragua Verein Hamburg, Lateinamerikareferat des Nordelbischen Missionszentrums und Werkstatt 3.

8.März Göttingen

Hi Grrrlz und Femo-Hools, Femmes und Butches, Ladiez und Boyz, Transen und Tunten, sehr geehrte Damen und Herren,

<ak gender> proudly presents endlich mal wieder 'ne Demo zum 8. März! Wir sind es leid, das patriarchale Allerlei! Wir haben keine Lust auf alltägliche Sexismen, häusliche Gewalt und heterosexistische Zuschreibungen! Und wir haben schon lange keinen Bock mehr auf Macker-Szene! Wir wollen endlich mal wieder eigene Akzente setzen. Und das zum Frauenkampftag, aus historischem und gegebenen Anlass zur feministischen Intervention.

Demo am Samstag 10.3.2007, 13h Göttingen, Gänseliesel (Marktplatz)

"Refresh the F-Word - Feminism"

Wir brauchen euch, um gemeinsam gegen Patriarchat und Sexismus zu kämpfen! Und gerade weil der 8. März eine dicke Staubschicht hat, gilt es öffentliche Präsenz zu zeigen und zwar mit Themen, die wir setzen, fern ab von EMMA und Differenzfeminismus. Lasst uns zeigen, dass Feminismus kein Anachronismus ist, sondern die coolste Kritik an den herrschenden Verhältnissen. Dass feministische Demos laut und dynamisch sind und wir so richtig street credibility haben! Kommt mit uns demonstrieren gegen Patriarchat und Kapitalismus, gegen Staat und Nation, gegen Rassismus und Antisemitismus, gegen all die Scheiße, mit der wir nichts zu tun haben wollen. We 're angry, we 're tough and we have had enough! Geboten wird euch am

7.3.2007 20h Kino Lumière "Jungs wie ich und du": Film und Gespräch mit dem Regisseur Anton Binnig über Transgender, Identitätskonzepte und individuelle Lebensentwürfe. Geismar Landstraße 19

9.3.2007 22h Café Kabale: Queer-Party Geismar Landstraße 19

10.3.2007 13h Demonstration "Refresh the F-Word - Feminism" Gänseliesel

Wenn ihr Schlafplätze braucht, wendet euch doch einfach per Mail an uns. Check for more details: www.gender-net.de, akgefo@gmx.net

Der <ak gender> ist eine gemischte Gruppe, da feministische Analyse und Kritik nicht per se eine Frage des Geschlechts sein sollte. Überdies wollen wir nicht anhand äußerer Zuschreibungen Ausschlüsse produzieren. Klar ist uns, dass dies eine Gratwanderung ist, auf die wir uns einlassen, bei der wir die Kritik daran jedoch nicht aus den Augen, verlieren. Unsere Solidarität gilt nichtsdestotrotz Frauenräumen!, Dennoch ist es uns wichtig eine Demo für verschiedenste Geschlechter zu organisieren. Aber ihr könnt sicher sein: FrauenLesben bilden die ersten Reihen!

Hauptsache dagegen?

Warum Nazis gegen den G8-Gipfel sind und Globalisierungskritik nicht immer fortschrittlich ist

Der G8-Gipfel in Heiligendamm ist das Protestevent des Jahres für verschiedenste Protestspektren und gesellschaftlichen Gruppierungen. Seit über einem Jahr wird geplant, recherchiert und diskutiert. Das Kempinski-Hotel in Heiligendamm als Austragungsort und die umliegenden Orte werden mit einer Vielzahl von Potestaktionen und einer hohen Anzahl GipfelgegnerInnen konfrontiert sein. Und auch die Nazis aus NPD und Kameradschaften in Mecklenburg-Vorpommern wollen irgendwie präsent sein Zwar wird sie die massenhafte Anwesenheit antifaschistischer Kräfte wahrscheinlich nicht erfreuen, doch sie werden auch versuchen ihren eigenen Nutzen aus der linken Mobilisierung gegen den G8-Gipfel zu ziehen. Um diesen Bestrebungen nicht nur auf der Straße sondern auch nachhaltig klare Grenzen zu setzen muss die theoretische Grundlage der Nazis verstanden und widerlegt werden, radikale Trennungslinien gezogen und manchmal auch die eigene Theorie kritisch beäugt werden. Einen kurzen Anriss zu diesem Thema möchten wir hier leisten.

Der Gipfel und die Nazis

Die verschiedenen Anti-G8-Bündnisse haben meistens zumindest eines gemein-

sam, die Ablehnung gegenüber rechter und rechtsradikaler Beteiligung an den Protesten gegen den Gipfel. Die NPD mobilisiert für den Tag der internationalen Großdemonstration in Rostock, am Samstag den 2. Juni, zu einer eigenen "Großdemonstration" unter dem Motto "Nein zum G8-Gipfel - für eine Welt freier Völker" in die Landeshauptstadt Schwerin, nur ca. 80 km von Rostock entfernt. Dort werden bis zu 1500 KameradInnen erwartet, die inhaltliche Ausrichtung ist gegen den G8 und Kapitalismus. Nach Angaben der NPD soll es noch einige "gezielte Aktionen" in anderen Städten geben, doch das Hauptaugenmerk der Nazis liegt auf dieser Demonstration. Sie demonstrieren bewusst am selben Tag wie die Organisationen und Gruppen aus der globalisierungskritischen Bewegung, zum einen weil sie natürlich auf wenig(er) antifaschistische Gegenwehr hoffen. Zum anderen, um bei eventuellen Konfrontationen der GipfelgegnerInnen mit der Polizei sich selber und ihre Ideologie als die bessere Alternative zur Globalisierung und zum herrschenden System darzustellen. Die inhaltliche Argumentation der Nazis zum Thema ist dabei zum großen Teil ein Cocktail aus rassistischer & nationalistischer Hetze, populistischer Phrasen und völkischer Parolen. Dass diese einfachen aber gefährlichen "Lösungen" für globale Probleme gerade in vielen Teilen Ostdeutschland gut ankommen wissen wir nicht erst seit der letzten Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, bei der die NPD 7,3 % der Stimmen bekam und nun im Schweriner Landtag sitzt.

Rechtsradikale Globalisierungskritik

Es soll aber nicht darüber hinweggeschaut werden, dass die Nazis beim Thema Kapitalismus bzw. Globalisierung auch konkrete Theorieansätze haben. Dabei folgen sie einem Argumentationsmuster, welches zum Teil schon im 19. Jahrhundert verwendet und mit neuen Komponenten angereichert bis heute übernommen wird. Nationalismus, Antisemitismus und Rassismus sind die wesentlichen Bestandteile rechtsradikaler Ideologie. Die Menschen der Welt werden in "Völker" eingeteilt, die biologisch verschieden seien und deren natürlicher Lebensraum der gewachsene Nationalstaat sei. Das Demonstrationsmotto der Nazis "... für eine Welt freier Völker" ist ein typisches Beispiel rechtsradikaler Denkmuster, in denen angenommen wird, dass für die Lösung wirtschaftlicher und sozialer Probleme Volk und Staat "verschmelzen" müssen. Die homogene "Volksgemeinschaft" sowie die Einparteien-Diktatur soll die heutige Gesellschaftsordnung ersetzen. In dieser Volksgemeinschaft sollen die historischen Klassengegensätze aufgehoben und die Wirtschaft verstaatlicht werden; ein extrem autoritärer Staat schützt das "Volk" angeblich vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung. Die Volksgemeinschaft wird als positiver Gegenpol zum globalisierten Kapitalismus dargestellt, so wie sie von den historischen Nazis als die einzige Alternative zu der instabilen Demokratie in der Weimarer Republik für eine bessere (deutsche) Gesellschaft dargestellt wurde. Die Globalisierung zerstöre die alten, natürlich gewachsenen und als schützenswert empfundenen Nationalstaaten und den "reinen Volkskörper". Dies ist ein Trugschluss den nicht nur Neonazis ziehen. Es ist aber historischer Fakt, dass die heutigen Nationalstaaten mit ihren politischen Institutionen, ihren Grenzen, Wirtschaftsgesetzen und Zöllen die Bedingungen und Säulen für den globalen Kapitalismus darstellen. Somit ist, vereinfacht gesagt, der Nationalstaat Vorraussetzung und nicht Feind der Globalisierung, er erhält die Grundlagen kapitalistischer Ausbeutung. Bei den Nazis wird in alter antisemitischer Manier zwischen dem guten, nationalen, "schaffenden" Kapital, welches dem Volk dient und es versorgt, sowie dem bösen, internationalen, "raffenden" Kapital, dessen "Drahtzieher" in "Kreisen der internationalen Hochfinanz" vor allem an der US-amerikanischen Ostküste zu suchen seien, unterschieden. Die USA werden als Hauptverantwortliche der Globalisierung gesehen, vor allem Deutschland sowie andere Staaten und deren "Völker" als Opfer dargestellt. Der Antikapitalismus der radikalen Rechten und damit die Motivation gegen den G8-Gipfel zu protestieren geht also von einer (jüdischen) Weltverschwörung aus, deren Ziel es sei die nationalen Volkswirtschaften zu zerstören und sich so zu bereichern.

Den Neonazis die Grundlage entziehen

Mit diesem Verständnis von Politik hatten im Sommer 2004 die Neonazis vor allem in Ostdeutschland wenige Probleme sich an die neue Montagsdemobewegung gegen Sozialabbau & Hartz IV anzukoppeln. Bei diesen Sozialprotesten gab es zwar teilweise linke Beteiligung, doch linke bzw. linksradikale Argumentationen spielten in der Bewegung fast keine Rolle. Die Neonazis konnten teils ungestört, teils unter Polizeischutz und in einigen Orten von VeranstalterInnen geduldet mitdemonstrieren. Mit scheinbar einfachen Lösungen für soziale Probleme konnten sich viele Menschen abfinden, durch die offenen Grenzen und den Zuzug von MigrantInnen würden Deutschen die Arbeitsplätze gestohlen, die Kriminalität steige und die Sozialsysteme seien überlastet. Die Globalisierung zerstöre das alte "Ordnungs- und Fürsorgeprinzip". Wenn Neonazis als Teil einer sozialen Bewegung in Deutschland auftreten und ihnen dabei großteils nicht widersprochen wird, sollte sich auch die globalisierungskritische Linke mit ihren eigenen Positionen neu auseinandersetzen. Ähnlich wie bei den Neonazis wird auch hier die Globalisierung als unsozial und zerstörerisch kritisiert, die G8-Staaten seien die Hauptverantwortlichen für die sozialen, ökologischen und ökonomischen Probleme der Welt. Wer jedoch das Treffen der G8 für illegitim erklärt und kritisiert muss auch die Staaten an sich für illegitim erklären und somit die globale Herrschaftsfrage stellen. Denn gegen ein informelles Treffen verbündeter Staaten zu sein und auf der anderen Seite deren "offizielle" Treffen im Rahmen der EU, UN oder Welthandelsorganisation nicht zu kritisieren halten wir für fragwürdig. Auch muss hinterfragt werden, ob die in Teilen der Linken auftretende Unterstützung bestimmter nationaler Befreiungsbewegungen heute noch vereinbar mit aktuellen politischen Diskussionen ist, denn Kritik an bestehenden Verhältnissen muss nicht immer fortschrittlich sein, sie kann auch reaktionär und rückwärts gewand sein. Neonazis zum Beispiel haben ganz und gar nichts Neues im Sinn, sie wünschen sich politische und wirtschaftliche Strukturen wie es sie in Deutschland von 1933 bis 1945 schon einmal gab. Kritik weist also nicht zwangsweise über die bestehenden Verhältnisse hinaus, der Wunsch nach alten Machtstrukturen und die Angst vor Veränderungen können auch ausschlaggebend sein. Eine globalisierungskritische Bewegung die den Anspruch hat wirklich etwas zu verändern, muss neben den alltäglichen Kämpfen innerhalb des kapitalistischen Wahns auch und vor allem eine auf die Auflösung von Herrschaftsstrukturen an sich gezielte Politik betreiben. Damit wird der Widerspruch gegen den geplanten Aufmarsch von NPD und anderen Nazis gegen den G8-Gipfel nicht nur notwendig, sondern er kann bei einer breit geführten Debatte um grundsätzliche Positionen für die globalisierungskritische Bewegung auch zum Scheidepunkt zwischen emanzipatorischer und reaktionärer Globalisierungskritik werden.

norden-gegen-g8.info

"Sieg oder Konsens!"

Offener Brief an die Interventionistische Linke (IL)

Vor über einem Jahr tratet Ihr an, mit viel Elan und großen Visionen. In der ersten G8-Xtra ist von der Bewegung der Bewegungen die Rede, und dass die gesellschaftliche Alternative erprobt werden solle. Das ginge nur als gesamte außerparlamentarische, emanzipatorische Bewegung. Demnach solle die Abschottung der "Spektren" und Einzelkämpfe überwunden werden. Unterschiedliche Vorstellungen, Themen und Praxen gelte es in Kommunikation zu bringen.

Wir stimmen mit Eurer Perspektive überein, durch Bündnisse linke Interventionsfähigkeit zu stärken, gesellschaftliche Wahrnehmbarkeit (wieder)zuerlangen und der vermeintlichen Alternativlosigkeit des globalen Herrschaftsgefüges eine entschiedene, hörbare Kritik entgegenzusetzen. Wie Ihr glauben wir, an die Stelle linker Zersplitterung sollte die produktive und geduldige Auseinandersetzung treten.

Um dies zu ermöglichen und eine Klammer zu spannen, in der Linke verschiedener Strömungen Platz haben, hattet ihr euch was überlegt. Von vier Grundsätzen war 2005 beim ersten dissent!-Treffen in Hamburg noch die Rede. Nach dem Erfurter Sozialforum 2005 habt ihr sie in eurem Aufruf (1) schriftlich formuliert:

1. "Eine klare und offensive Abgrenzung gegenüber rechtspopulistischen und rechten Kräften."
2. "Ein solidarischer, verlässlicher Umgang miteinander, der verbindliche Absprachen erlaubt."
3. "Die eindeutige Delegitimierung der G8."
4. "Die gegenseitige Anerkennung unterschiedlicher Aktions- und Widerstandsformen."

Wir sind nach Eurer Ankündigung davon ausgegangen, dass Ihr diese Grundsätze als ebensolche und nicht als unverbindlichen Appell verstanden wissen wollt. Und dass sie insbesondere Auseinandersetzungsgrundlage mit dem ‚nicht ganz so radikalen' Bewegungs(um)feld sein sollen. Umso überraschter waren wir, im März 2006, auf der 1. Rostocker Aktionskonferenz, kein solches Auseinandersetzungsangebot vorgefunden zu haben. Dass sich dies rächen und über kurz oder lang zur Aushöhlung führen musste, wurde bereits bei den Nervereien um die damalige Pressekonferenz deutlich, die unter Ausschluss der anwesenden Öffentlichkeit angesetzt wurde, und auf der ein Attacvertreter der Presse bereits "friedliche Proteste" versprach. dissent! war bei dieser PK, obwohl stark präsent und im Vorfeld aktiv, nicht vorgesehen. Dies hat sich ja, trotz vormaliger Kritik, auf der zweiten Konferenz in abgewandelter Form wiederholt. Wir haben danach kein Wort des Widerspruchs Eurerseits vernommen und halten nunmehr eine erneute, etwas grundsätzlichere Intervention für erforderlich.

Während Grundsatz 1. weitestgehend unstrittig sein dürfte, gibt es die anderen Basispunkte betreffend keine befriedigende Praxis und keine konkreten Einigungen:

2. "Ein solidarischer, verlässlicher Umgang miteinander, der verbindliche Absprachen erlaubt."

Hier gab es immer wieder Schwierigkeiten, wie z.B. bei der Besetzung von Podien, ob beim ESF in Athen oder bei der Rostock-Konferenz. Planung und Durchführung von Presseterminen, wie bereits erwähnt, bestätigen dies nur. Dies betrifft Euch als Adressaten umso mehr, als in der IL Leute von attac vertreten sind (was wir begrüßen), die leider eine entsprechende Hinterzimmer-Politik nicht nur einfädeln, sondern bei Kritik auch noch verteidigen. Eine Auseinandersetzung wird an diesem Punkt erschwert, entweder wird sie weggedrückt oder die elementarsten Gepflogenheiten der Kommunikation und des solidarischen Umgangs werden verlassen (wie bei Beschimpfungen in Rostock II geschehen). Zweck dieser Politik speziell von einigen Attacvertretern scheint immer wieder die Verhinderung eines "zu linkslastigen" Bildes in der Öffentlichkeit zu sein. Sei es dissent oder wahlweise die Wasg, die rausgehalten werden, zu links soll sich die Mobilisierung nicht zeigen. An diesen Punkten fällt die Entscheidung dann gern mal gegen den solidarischen Umgang aus, diese Wahl garniert ein Attacvertreter mit den Worten: Sieg oder Konsens! (vor der Pressekonferenz zur 2. Aktionskonferenz, angesprochen auf die Frage ob er auch die Differenzen der Aktionskonferenz referieren würde).

3. "Die eindeutige Delegitimierung der G8"

Wir sehen nicht, wo dieser Grundsatz ernsthaft ins Spiel gebracht wurde. Einzelne NGOs wollen und werden Forderungen direkt an die G8 richten und würden auch den Katzentisch der G8 sofort nehmen, um sich der Illusion direkter Einflussnahme bei einem Gespräch mit den Mächtigen hinzugeben, wie in St Petersburg zu sehen. Die Vereinnahmung wäre damit perfekt: Wie in Gleneagles, von der Linken bis zu Blair und Merkel gegen Hunger? Wer diese Heuchelei nicht mittragen will, muss deutlicher widersprechen.

4. "Die gegenseitige Anerkennung unterschiedlicher Aktions- und Widerstandsformen."

Hier scheiden sich die Geister völlig: Immer wieder ist im Koordinationskreis in Hannover und auf den Rostock-Konferenzen zu hören, dass wir alle und unsere Bewegung "gewaltfrei" seien. Bei der Pressekonferenz Rostock II erklärte ein Attacvertreter: "Wir haben einen demokratisch organisierten Vorbereitungsprozess; alle Akteure, Organisationen, Gruppen, die in diesem Prozess drin sind, haben klipp und klar erklärt: von ihnen wird keine Gewalt ausgehen." (2) Dies wird wohlgemerkt nicht für die eigene politische Praxis formuliert, sondern als Reglement der gesamten Bewegung übergestülpt. Damit werden bereits weit im Vorfeld Protest- und Widerstandsformen, die sich nicht vorauseilend der Staatsgewalt unterwerfen, ebenso Blockaden und direkte Aktionen delegitimiert. Wir sehen nicht, wo die IL dem im Bündnisprozess entgegen tritt, obwohl Ihr praktischerseits ja an der Vorbereitung von Blockarden beteiligt seid. In der G8-Xtra sprecht ihr euch dafür aus, "für konfrontative Aktionsformen wie z.B. sozialen Ungehorsam zu werben."(3) Dieses Postulat steht dann im Gegensatz zum Schweigen im Bündnisprozess.

In Eurem neusten Kampagnenaufruf zeichnet Ihr folgendes Zukunftsbild: "Die Delegitimierung der G8 ist keine Forderung mehr, sie ist das, was auf den Straßen, an den Sperrzäunen und in den Debatten der Camps und des Gegengipfels geschieht..." Und das breite Bündnis betreffend: "Ihr gemeinsames Auftreten, ihr politischer Wille, sich gerade in ihrer Verschiedenheit nicht voneinander trennen zu lassen, ließ die mediale Desinformation ebenso ins Leere laufen wie die polizeiliche Repression." (4) Ein hübsches Szenario. Aber wenn ihr euch nicht traut, dies auch im Bündnisprozess zu vertreten und dort, wo dem deutlich entgegengearbeitet wird, zu widersprechen, ist dies bestenfalls Lyrik. Schlimmstenfalls wird es sogar zur verbalradikal aufgeladenen Einladung an den staatstragenden Protest, die Umsetzung ebendieses Szenarios durch Abgrenzung und Anbiederung zu gefährden:

"Ist ja eh nicht so ernst gemeint..."
Um ein Missverständnis zu vermeiden: Wir gehen nicht davon aus, in einem breiten Bündnis einen Konsens über alle Aktionsformen zu erzielen und irgendwelche Abgrenzungen zu verhindern. Aber die Debatte nicht zu führen hat bereits jetzt zur Folge, die Schwelle dahin zu verschieben, wo sie Staat und Kapital nützen, nicht uns. Die jüngste staatliche Forderung, sich doch bitteschön von Anschlägen auf Kleinwagen von Politikergattinnen zu distanzieren, wird Euch und uns möglicherweise rascher Gelegenheit geben, Solidarität einzufordern.
Wir finden demnach angebracht, dass Ihr Euch für Eure Grundsätze konkreter einsetzt. Ein offener Bündnisprozess kann nur gelingen, wenn auch die präzise Schärfe nicht gescheut wird.
Für eine dynamische, solidarische Debatte!

-six hills berlin-

(1) "Aufruf zu gemeinsamen Aktionen gegen den G-8-Gipfel 2007 in Heiligendamm: Diskutieren, Protestieren, Umzingeln, Blockieren"
(2) Pressekonferenz Rostock II: http://video.indymedia.org/en/2006/12/637.shtml
(3) "Zwischenstand einer andauernden Diskussion - Für eine Linke, die dazwischen geht" G8-Xtra 01
(4) "Make Capitalism History oder: die Mobilisierung gegen den G8-Gipfel ausweiten, Aufruf der Interventionistischen Linken gegen den G8-Gipfel 2007" von Dez.2006
(Aufrufe unter www.g8-2007.de, www.libertad.de, www.gipfelsoli.org)



Heiligendamm in Hamburg

Liebe Leute,
Im Rahmen der Mobilisierung zum Protest gegen den G8 vom 6. Juni bis 8. Juni 2007 in Heiligendamm sollen neben den verschiedenen Camps vor Ort auch Convergence Center ("Orte des Zusammenkommens") in Rostock, Berlin und Hamburg als feste Anlaufstellen für Aktivistinnen aus allen Städten und Ländern zur Verfügung stehen und von ihnen mitgestaltet werden, so dass eine belebte Plattform entsteht.

Warum also ein Convergence Center in Hamburg in der Zeit vom 26. Mai bis 10. Juni 2007? Seit dem Weltbanktreffen in Prag 2000 sind Convergence Center immer von den lokalen Strukturen aufgebaut worden und haben die Proteste gegen diese Events der symbolischen Machtkonzentration begleitet. Mit der Gewissheit des Treffens der "Großen 8" in unserer Nähe entwickelt sich in den letzten Jahren (vor allem nach dem G8 2005 in Schottland) eine lokale Anti-G8-Struktur, die nach dem Campinski im Sommer 2006 zu der Idee eines Hamburger Convergence Center in der Roten Flora führte. In Anlehnung an das Konzept dezentraler Aktionen, wie den bundesweiten Anspruch lokale politische Kämpfe im Protest gegen die G8 in globalen Kontext zu stellen, kann auch das Convergence Center Hamburg (CCH) ein Schritt hin zu einer lokalen politischen Kontinuität sein, die über den Gipfel 2007 hinaus Strukturen in Hamburg und die Vernetzung mit Menschen von außerhalb fördert. Aktivistinnen sollen in der Woche vorm Gipfel ankommen, sich organisieren und für die konkreten Gipfeltage nach Heiligendamm mobilisiert werden. Durch das neue Mecklenburger Polizeigesetz kann das Anwenden der Methode der Gebietsverweise nicht ausgeschlossen werden, was viele Aktivistinnen zurück nach Hamburg oder Berlin zwingen würde. Deswegen schließt das CCH nicht schon mit dem Ende des Gipfels, was auch eine Nachbereitung der Protesttage ermöglichen kann. Wir hoffen, dass die Convergence Center generell Platz bieten um solidarisch auf Repression zu reagieren. Ein entscheidender Faktor zur Wahl des Zeitraums ist außerdem das Treffen der europäischen Außenminister mit Amtskollegen aus 16 asiatischen Ländern, das auf Grund des EU-Ratspräsidentschafts-Vorsitzes Deutschlands am 28. und 29. Mai 2007 in Hamburg stattfinden wird. Dieses Ministertreffen ist wie auch andere EU-Treffen unmittelbar mit dem G8-Gipfel verbunden, was sich unter anderem inhaltlich an den Themen dieser Treffen zeigt: Privatisierung, Ausbau der Festung Europa, Vorbereitung von Kriegen, Datenschutzabbau, Patente und Atomenergie-Rennaissance. Es reiht sich also in den Kontext von lokalen Kämpfen und G8 Protest ein, weshalb die geplanten Hamburger Aktionstage und eine Großdemonstration während dieser Zeit auch als Warm Up verstanden werden können.

Als Teil der Anti-G8-Gesamtmobilisierung werden zum Beispiel auch die verschiedenen Karawanen in Hamburg Halt machen. Die Fahrradkarawane wird bereits am 23./24. Mai 2007 im Convergence Center Hamburg ankommen. Wie wird es hier dann genau aussehen? Ein, mit Rostock und Berlin vernetzter, Infopunkt soll mensch über Aktionen, Camps, Demos etc. auf den neuesten Stand bringen. In der Pennplatzbörse werden Übernachtungsmöglichkeiten in Hamburg und darüber hinaus vermittelt, in der Vokü gibt es die nötige Stärkung und ein Ruheraum und Erste Hilfe bieten Unterstützung. Außerdem soll es eine Reihe von Workhops geben, von denen bislang die Themen "Sanis" und "Rechtshilfe" stehen. Indymedia sorgt für Technik, von der aus unsere Nachrichten verbreitet und übersetzt werden können. Dolmetscherinnen möglichst vieler Sprachen sollen Infos und Plena für alle zugänglich machen. Für all diese Punkt brauchen wir Eure Ratschläge, Kontakte, Ideen und Hilfe schon jetzt. Es ist klar geworden, dass die Vorbereitungen viel Arbeit und Energie erfordern und das auch eine Kriminalisierung nicht ausgeschlossen werden kann. Um so wichtiger erscheint uns, dass sich möglichst viele politische Gruppen und Einzelpersonen diesem

Projekt anschließen.

Den Convergence Centers fällt innerhalb der Koordinierung der Proteste eine wichtige Aufgabe zu. Sie sind nicht nur ein solidarischer Beitrag, vor allem den vielen internationalen Aktivistinnen gegenüber, sondern selbst Orte an denen Protest und eine andere Art des Zusammenlebens erlebbar sein werden. Der legitime Widerstand gegen die Politik der G8 hat ein globales Anliegen und ist durch lokale Repression nicht zu stoppen. Selbstorganisiert und hierarchiefrei gibt das Convergence Center den nötigen Raum für die Diskussion von Chancen und Problem der Protestbewegung, Motivation und direkten Austausch mit Menschen, die wir nicht jeden Tag treffen können.

Wir brauchen momentan vor allem: o Vokü-Gruppen o Dolmetscherinnen (Übersetzungen Internet und während Gipfel) o Pennplätze o Materialspenden (Stoffe, Stifte, Farben, Regenschirme, Geschirr, Fahrräder etc.) o Transportmittel für Shuttle nach Mecklenburg Vorpommern o Leute zum Plakatieren und Flyern o Workshops für die Zeit des CCH o Geldspenden auf das Spendenkonto: Netzwerk Selbsthilfe e.V., Konto 740 388 7000, BLZ 100 900 00, Berliner Volksbank WICHTIG: Verwendungszweck Convergence Center

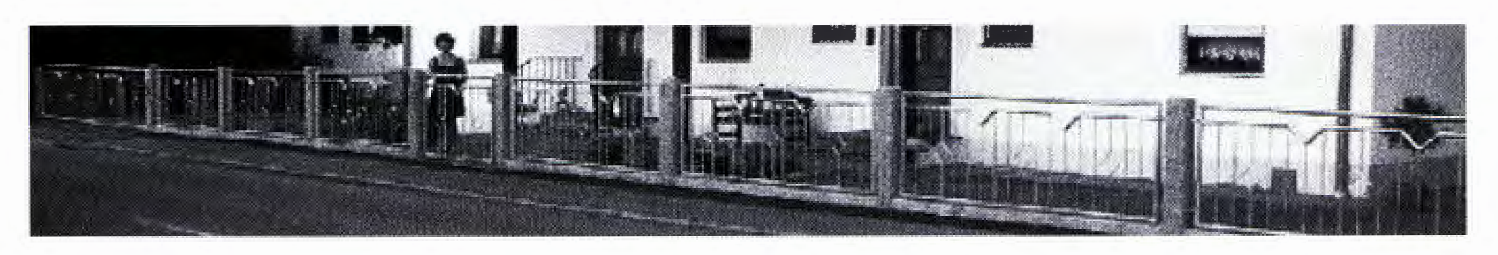
Meldet Euch: o www.hamburg.dissentnetzwerk.org o Email: convergence-hh[AT]nadir.org o Oder einfach Nachrichten in den CCH-Kasten in der Roten Flora

Am 2. Sonntag im Monat findet außerdem das Anti-G8 Info-Café in der Hafenvokü statt. Dort werden verschiedene, den G8 betreffende, Themen und Protestformen vorgestellt, es gibt eine Infowand des CCH und Raum zum Austausch bei Kaffee und Kuchen.

Also bringt Euch ein, helft bei den Vorbereitungen, fragt nach, seid solidarisch und kommt zusammen. ... Gute Nacht G8 ...

Text vom Herbst 2006 (en , sv)

Anti-G8 Aktion Rote Flora 2005



Die Zeiten werden härter

......und der Widerstand wird (hoffentlich) stärker

129a Verfahren in Hamburg

Nach den militanten Aktionen gegen die Autos von Mirow und zwei Rüstungsmanagern im Dezember und Januar laufen in Hamburg zwei §129a (Bildung einer terroristischen Vereinigung) Verfahren gegen unbekannt. Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe hat die Verfahren wegen ihrer Bedeutung an sich gezogen und die Ermittlungen einer Sonderkommission des Staatsschutzes laufen im wesentlichen unter Federführung des Bundeskriminalamtes (BKA). Diese Konstellation hat es in Hamburg so seit einigen Jahren nicht mehr gegeben.

Zum einen dürfte die Übernahme der Verfahren durch BAW und BKA in den fortgesetzten Schlappen des Hamburger Staatsschutzes bei ähnlichen Ermittlungen in den letzten Jahren liegen, die die Hamburger Sicherheitsbehörden in den Medien bundesweit in den Blickpunkt gerükkt haben. Entscheidender dürfte allerdings sein, dass die Verfahren ganz offensichtlich die politische und juristische Vorbereitung eines Schlages gegen die G8 Mobilisierungen vor allen Dingen in Hamburg sind. In den vergangenen Jahren haben ähnliche Aktionen, von denen es schließlich so einige gab, bei weitem nicht zu so einem propagandistischen Getöse geschweige denn (soweit wir wissen) zu einer Übernahme der Verfahren durch BAW und BKA geführt.

Mit dem Instrument §129a und der inhaltlichen Nähe von G8 Mobilisierungen und den Erklärungen zu den Aktionen haben sich BAW und BKA das Instrumentarium geschaffen, in den linken Strukturen, die zum G8 arbeiten und konkret in Vorbereitungen eingebunden sind, mit großem Aufwand zu ermitteln und gegebenenfalls anzugreifen, um die Mobilisierungen zu behindern. Dass die politisch vorgegebene Eingreifschwelle für den Repressionsapparat ziemlich niedrig liegt, haben die Hausdurchsuchungen und Festnahmen in München im Vorfeld der "Sicherheitskonferenz" gezeigt. Der Vorwurf mit dem diese Durchsuchungen begründet wurden lautete "Aufruf zur Nötigung".(und das hatte mit brennenden Autos so gar nichts zu tun)

Offensichtlich zunehmende Observationen von verschiedenen Strukturen in Hamburg sind ein zusätzliches Indiz für die Vorbereitung eines Schlags des Staatsschutzes. Auch im Vorfeld der Durchsuchungen und Festnahmen im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen den Umbau des Wasserturms im Schanzenpark gab es aufwändige und lange Observationsmaßnahmen.

Diese kurze Einschätzung soll dazu führen, dass alle sich der Situation bewusst werden und ihr Verhalten und ihren Umgang danach ausrichten. Die Repression, mit der linke emanzipatorische Politik konfrontiert und bedroht wird, gehört grundsätzlich zum politischen Alltag. Wen sie zu welchem Zeitpunkt und mit welcher Härte treffen soll, bestimmen politisch Verantwortliche im Repressionsapparat. Dabei muss es nicht um klandestin organisierte Gruppen oder militante Aktionen gehen. Nicht Aktionsformen werden angegriffen, sondern politische Inhalte und Mobilisierungen.

Organisiert euch und beteiligt euch an den Mobilisierungen zum G8.
Nicht nur bei Repression : Solidarität ist eine Waffe
Lasst sie im Trüben fischen Anna und Arthur halten das Maul

Antirepressionsgruppe

DOKUMENTATION

NATO-Kriegskonferenz in München angreifen G8-Treffen in Heiligendamm lahmlegen

26.1.07: Militante Aktionen gegen Rüstungsmanager und Vorstände von Thyssen-Krupp Marine Systems in Hamburg

Wie jedes Jahr versammelt sich im Februar eine handverlesene Schar von Militärs, Politikern und Managern der Rüstungsindustrie zur "NATO-Sicherheitskonferenz" in München um zu überlegen, wie sie ihre imperialistischen Kriege effektiver führen können, um neue Kriege zu planen und um die Errungenschaften von Waffentechnik und Aufstandsbekämpfung in ihre Strategien zu integrieren. 07 stehen die antimilitaristischen Proteste und Aktionen gegen die Kriegskonferenz in direkter Verbindung mit der Mobilisierung gegen den G8 in Heiligendamm. Als Zeichen der Verbundenheit mit der Kampagne gegen die Sicherheitskonferenz und als Beitrag für eine Mobilisierung gegen den G8-Gipfel haben wir gestern bei Herbert Aly (Hamburg/Groß Flottbek) - Vorstand bei Thyssen-Krupp Marine Systems (TKMS) für Überseeschiffe - das Auto angezündet und bei Walter Klausmann -Vorstand für U-Boote bei TKMS - Hausfassade und Auto in Klein Flottbek farblich umgestaltet.

Der Thyssen-Krupp-Konzern ist als Waffenschmiede ein wichtiger Baustein im Krieg, den die Bundeswehr in einer stetig wachsenden Zahl von Ländern führt. Die aus Blohm&Voss (Hamburg), HDW (Kiel) und Nordseewerken (Emden) geschaffene Konzerntochter TKMS verdient an der Aufrüstung der deutschen Armee, wie auch an Waffenlieferungen rund um den Globus. Es ist ein Geschäft mit großem Wachstumspotential. Alleine für den Umbau und die Weiterentwicklung der Bundeswehr im Marinebereich werden im "Verteidigungshaushalt" Milliardensummen bereitgestellt. Die "Export- und Rohstoffabhängigkeit Deutschlands" verlangt, "sich besonders den Regionen, in denen kritische Rohstoffe und Energieträger gefördert werden, zuzuwenden." (Neues Weißbuch der Bundesregierung) Das heißt nichts anderes, als notfalls den deutschen Rohstoffbedarf mit vorgehaltener Waffe zu rauben und die notwendigen Bedingungen für den erfolgreichen Absatz von deutschen Exportgütern mit staatlichem Massenmord zu erzwingen. Dafür brauchen der deutsche Kriegsminister Jung und seine Generäle eine hochmoderne Marine, die von Thyssen-Krupp ausgerüstet wird. In den auf globalem Niveau ablaufenden Planspielen der deutschen Stabsoffiziere ist "die See ... stets verfügbares, weltweites Aufmarsch- und Operationsgebiet für die Erfüllung der wahrscheinlichen Aufgaben."

TKMS hat dafür Topangebote im Katalog:

- das U-Boot 212 A, weltweit erstes U-Boot mit außenlufttunabhängigem Brennstoffzellenantrieb und einer Tauchzeit bis zu 3 Wochen für 430 Mio. Euro das Stück. Die Bundeswehr verfügt bereits über 4 Boote dieses Typs, 2 weitere sind gerade bestellt.
- die Fregatte F 125, geeignet für die Bekämpfung von Landzielen bis 70 km Entfernung. Im Frühjahr wird die Bestellung von 4 Schiffen für die Bundesmarine erwartet.
- die Korvette K 130, ausgerüstet mit Marschflugkörpern für den Landbeschuss bis 200 km Reichweite.

Ergänzt durch Einsatzgruppenversorger sollen diese Schiffe die Planungsvorgaben der Bundeswehr erfüllen, sowohl das Meer als Aufmarschgebiet für Landeinsätze nutzbar zu machen, wie auch von See aus Ziele an Land direkt zu bekämpfen. Alle genannten Schiffe werden von der Bundeswehr im Rahmen der Kriegsplanungen von NATO und EU konsequenterweise den "schnellen Eingreiftruppen" und "EU Battlegroups" zugeordnet.

Für die Erprobung der Leistungsfähigkeit der Marine sorgen aktuell die Einsätze vor der libanesischen Küste und am Horn von Afrika.

Angesichts der Entwicklung der letzten Jahre, deutsche Soldaten bei jeder sich bietenden Gelegenheit in Kriegseinsätze zu schicken, gehen wir davon aus, dass das Lamentieren über die Leistungsfähigkeit der Bundeswehr nicht zur Verringerung weltweiter Kampfeinsätze führen wird. Das neue Weißbuch, die Umstrukturierung der Bundeswehr, der schrittweise Aufbau neuer EU- und NATO-Kampfgruppen und nicht zuletzt die Modernisierung und der Ausbau der Marine für die aktualisierten strategischen Planungen Deutschlands deuten in die entgegengesetzte Richtung. Darauf kann TKMS bauen.

Neben der Bundeswehr verfügt TKMS auch über lukrative Geschäftskontakte zu weiteren Kunden. Südafrika, Griechenland, Korea, Italien und Israel orderten in den vergangenen Jahren zahlreiche U-Boote und Schiffe. Nach dem erfolgreichen Export der vorangegangenen Fregattentypen werden auch die F 125 ein Exportschlager werden. Im weltweiten Rüstungsgeschäft sind deshalb für TKMS politische Bedenken bezüglich ihrer Kundschaft ein lästiges und vor allem ein möglichst zu überwindendes Hindernis. Den Managern ist es völlig gleichgültig, wer ihre Waffen kauft und wer damit umgebracht werden soll. Sie bedauern nicht die Toten und Verstümmelten oder das Elend, das der Krieg über Millionen von Menschen bringt. Sie bedauern höchstens, dass die politische Kontrolle von Waffengeschäften durch die Bundesregierung den jährlichen Anstieg des Rüstungsexports so zäh und die Geschäftsabschlüsse so mühsam und aufwendig macht.

Die NATO-Kriegskonferenz in München wird von der Rüstungsindustrie gerne als Forum genutzt, mögliche Hürden für ihre Exportinteressen besser aus dem Weg zu räumen und die technische Weiterentwicklung der Waffensysteme auf die strategischen Anforderungen der Militärs auszurichten.

Unser Ziel ist es, den Kriegern, den Kriegstreibern und den Kriegsgewinnlern in München keine Ruhe zu lassen.

Unser Kampf für eine Welt ohne Krieg muss gegen das kapitalistische System geführt werden.

Deswegen finden wir es richtig, die Kampagne gegen die NATO-Kriegskonferenz in diesem Jahr mit der Mobilisierung gegen den G8-Gipfel zu verbinden. Deswegen finden wir es auch richtig, unseren Angriff auf einen Konzern zu richten, der seit über 100 Jahren den massenhaften Mord perfektioniert und weltweit exportiert.

Wir finden es erst recht richtig, den Angriff gegen einen Konzern zu führen, der Stütze des deutschen Kaiserreichs und des Nationalsozialismus war und der jetzt eine Stütze des aktuellen parlamentarischen deutschen Imperialismus ist. Gegen einen Konzern, der an zwei von Deutschland initiierten Weltkriegen verdient hat, an der tausendfachen Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen und dem millionenfachen Tod von Menschen überall auf der Welt.

Revolutionäre Anti-Militaristische AktivistInnen
Butter bei die Fische

Hamburg 28.05.2007:

GATE TO GLOBAL RESISTANCE

Internationale Demonstration gegen den EU-Außenminister und ASEAN Gipfel im Vorfeld des G8



Unmittelbar vor em G8 findet in Hamburg von 28.-29. Mai 2007 der größte EU-Gipfel der deutschen Ratspräsidentschaft statt. 1500 hochrangige Delegierte aus Asien und der EU treffen sich, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit voranzutreiben. Die Behörden erwarten massive Proteste und haben angekündigt, dass der größte Polizeieinsatz der Geschichte der Stadt erfolgen soll. In der City wird für die GipfelteilnehmerInnen ein abgesperrter Bereich eingerichtet.

Autonome und linksradikale Gruppen mobilisieren zu einer internationalen Demonstration, die sich als Auftakt der weiteren Mobilisierung gegen den G8 versteht und schwerpunktmäßig gegen Europa als Akteurin der globalen Ausbeutung gerichtet ist. Durch eine offensive Demo soll ein Zeichen für die weiteren Auseinandersetzungen in Heiligendamm gesetzt werden. Die Demonstration gegen den EU- und Asien-Gipfel ist eingebunden in Aktionstage gegen den G8 und die Errichtung eines Convergence Centers als Anlaufpunkt für internationale AktivistInnen. In diesem Rahmen werden auch verschiedene Karawanen in Hamburg erwartet. Wir fordern alle auf, sich an der Demonstration zu beteiligen und den Gipfel in Hamburg zu stören.

Der Aufruf, weitere Infos und Material zur Mobilisierung folgen demnächst. Interessierte können Kontakt über die folgende Email aufnehmen oder sich über die üblichen Internetseiten informieren.

Deconstruct Summit Normality! Block G8 - Fight EU - Smash Capitalism!

Öffentlichkeitsgruppe

Kontakt: summitblock [at] nadir.org
Mehr Infos: https://hamburg.dissentnetzwerk.org

Die folgenden Texte bieten einen Einstieg zum Thema EU und den Gipfel in Hamburg. Sie behandeln dabei nur einige Punkte und bilden kein vollständiges Bild der Kritik. Themen wie Migration, EU-Strukturierung nach Innen oder Widersprüche der Nationalstaaten innerhalb des EU-Projektes fehlen dabei. Über weitere Zusendungen zu diesem Thema freuen wir uns sehr.

EU-Außenpolitik

Integrales Ziel der europäischen Einigung spätestens seit 1985 ist es, die EU zum dominierenden Staatenblock weltweit zu machen, der in der Lage sein soll, den Weltmarkt zu bestimmen.

In dem vorerst auf Eis gelegten EU-Verfassungsentwurf sind sowohl Freihandel als auch uneingeschränkte Kapitalmobilität als Ziele der EU-Außenpolitik festgeschrieben. EU-Außenpolitik ist in erster Linie Handels- und Wirtschaftspolitik und die weltweite Absicherung europäischer Konzerninteressen. In der Strategie, neue Märkte für die eigenen Produkte zu erobern und den Zugang zu nötigen Rohstoffen zu sichern, steht die EU einerseits in Konkurrenz zu den USA. Auf der anderen Seite verfolgen sowohl die EU als auch die USA das Ziel, den Aufstieg weiterer Konkurrenten wie China oder Indien zu verhindern und die Länder des Trikont weiterhin in politischer und ökonomischer Abhängigkeit zu halten. U.a. dieses gemeinsame Interesse erklärt die Kooperation in internationalen Organisationen wie dem IWF, der Weltbank oder der WTO. Parallel dazu läuft ein Prozess der regionalen Blockbildung in verschiedenen Freihandelszonen oder Binnenmärkten und konkurrenter bilateraler Einflussnahmen, in dem Versuch immer größere Gebiete zum Einzugsbereich eigener Konzerne zu erklären und zu sichern. In diesem Prozess verlieren die USA zusehends ihre einstige Vormachtstellung. Die EU ist die größte Exportmacht an Waren und Dienstleistungen weltweit und ist selbst für verschiedene Länder in Lateinamerika der wichtigste Handelspartner. Noch deutlicher ist der Vorsprung der EU bei der Kreditvergabe an Entwicklungsländer. Alleine die verbindlichen Forderungen bundesdeutscher Banken an Entwicklungsländer sind in etwa so hoch wie die Forderungen von US-Banken.

Bilaterale Handelsabkommen

Verstärkt drängt die EU auf bilaterale Verhandlungen und Abkommen, seit die WTO Verhandlungsrunden immer wieder ins Stocken geraten und gescheitert sind. Bis Ende 2007 sollen sechs regionale Freihandelsabkommen mit den sog. AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) im Rahmen von Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA, Economic Partnership Agreement) abgeschlossen werden. Bei diesen EPA-Verhandlungen verfolgt die EU strategische Ziele, die zum Großteil weit über den umstrittenen WTO-Rahmen hinausgehen. So sollen spezielle Handelspräferenzen, von denen die ärmsten Länder der Welt bisher profitiert haben, abgeschafft werden. Punkte wie Investitionen, Wettbewerb oder Transparenz des öffentlichen Beschaffungswesens sind von der EU

erzwungene Verhandlungspunkte, Punkte, die wegen des Widerstands der Entwicklungsländer im Rahmen der WTO-Runde in Cancun von der Agenda genommen werden mussten. Für den Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens fordert die EU die Liberalisierung der Beschaffungsmärkte auf der Basis der Nicht-Diskriminierung europäischer Anbieter. Noch deutlicher kann der Versuch nicht ausfallen, neue Märkte über Verhandlungsdruck zu schaffen und die AKP Staaten zu Vergabe öffentlicher Aufträge an europäische Unternehmen zu drängen.

Als Grundvoraussetzung für solche Verhandlungen gelten, dass die EU nur mit solchen Regionen EPAs abschließen will, die nach WTO-Definition als Freihandelszone gelten. Das bedeutet, dass innerhalb von zehn Jahren in fast allen Bereichen der Wirtschaft Zölle nicht nur reduziert, sondern komplett abgebaut werden müssen. Maßnahmen, die für die nationalen Ökonomien von Entwicklungsländern fatale Folgen haben werden und endgültige Abhängigkeiten bedeuten. Verstärkter zwangsläufiger Import von zollfreien und z.T. stark subventionierten EU-Produkten und Dienstleistungen wird zu massiven staatlichen Einnahmeverlusten führen und einheimische Anbieter überflüssig machen.

Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP)

Auch für die direkt an die EU angrenzenden Staaten ist eigens eine Strategie entwickelt worden, um die betreffenden Staaten politisch und wirtschaftlich enger an die EU zu binden und aus dem Einflussbereich anderer Mächte herauszulösen. Dabei geht es um Weißrussland, die Ukraine und Moldawien in Osteuropa. Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko, Syrien, Tunesien und die Palästinensischen Autonomiegebiete. (Die Türkei und Kroatien gelten als Beitrittskandidaten und gehören nicht in die Strategie der ENP) 2004 wurden auch noch Georgien, Aserbeidschan und Armenien in die ENP aufgenommen. Dass neuerdings aus energiepolitischen Gründen der südliche Kaukasus zum erklärten Einflussgebiet der EU geworden ist, verdeutlicht, dass die EU bereit ist, einen Konflikt mit Russland in Kauf zu nehmen, zumal formuliertes Ziel ist, den russischen Einfluss in Weißrussland zurückzudrängen, nachdem ein ähnlicher Versuch in der Ukraine gescheitert ist.

Politische und militärische Absicherungsstrategien

In allen Handelspolitischen Abkommen der EU sind vier wesentliche Bestandteile festgeschrieben:

- *Die Achtung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit*
- *Klauseln über Einwanderung und die sog. Rückübernahme von Einwanderern und Flüchtlingen*
- *Klauseln über die Bekämpfung von Terrorismus*
- *Bestimmungen über die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen*

Auch in anderen Kooperationsabkommen tauchen immer häufiger Punkte wie "gute Regierungsführung" auf. Seit etwa zwei Jahren sind diese Punkte mehr als bloße diplomatische Absichtserklärungen. In neueren Verträgen wurde eine Sanktionsklausel bei Vertragsbruch festgeschrieben. Das sichert der EU einen massiven außenpolitischen Einfluss bei der Zurichtung von politischen Systemen im Trikont.

Zusehends verlegt sich die EU darauf, ihre globalen wirtschaftlichen Interessen nicht nur über politische Sanktionen und wirtschaftliche Unterstützung zu schützen. Die Schaffung eines militärischen Interventionspotentials auf EU-Ebene z.T im Rahmen der NATO, aber auch explizit außerhalb der NATO, bestimmen seit mehreren Jahren die Planungen. In verschiedenen Strategiepapieren stellt sich die EU als weitgehend militarisierter und aggressiv-expansionistischer Akteur auf globaler Bühne dar. Genauso wie für die USA stellt Krieg und militärische Intervention für die EU ein wahrscheinliches und notwendiges Szenario dar, um wirtschaftliche Interessen im globalisierten, kapitalistischen System zu schützen und durchzusetzen.

Schon ein Blick in den EU-Verfassungsentwurf macht deutlich wohin die Reise geht. Der Vertrag ermöglicht der Union eine "auf militärische Mittel gestützte Fähigkeit zu Operationen". "Alle Mitgliedsstaaten verpflichten sich ihre militärischen Fähigkeiten zu verbessern." Aufrüstung soll Verfassungsgebot werden. Es soll eine europäische Verteidigungsagentur geschaffen werden, die für Rüstungsforschung und Beschaffung zuständig sein soll. Alle Interventionsoptionen (humanitäre Einsätze, Kampfeinsätze, Abrüstungskriege (!!) etc.) werden im Einzelnen beschrieben. Auch die konkrete Schaffung von militärischen Einheiten und Interventionstruppen erhalten Verfassungsrang.
Auffallend ist, dass sowohl das EU-Parlament, als auch der europäische Gerichtshof von der Kontrolle der Außen- und Militärpolitik komplett ausgeschlossen sind. Die ansonsten für den Ministerrat vorgeschriebene Einstimmigkeit in Fragen der Außen- und Militärpolitik ist in der Frage von konkreten Einsätzen aufgehoben. Im Fall von Entscheidungen über Militäreinsätze sind (sog. konstruktive) Stimmenthaltungen möglich oder der Ministerrat kann eine Gruppe von Mitgliedsstaaten mit der Durchführung beauftragen.

Im Rahmen der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) sind eindeutige Kriterien für EU-Militäreinsätze festgelegt. Vor allen Dingen die Sicherung der Energieversorgung, der Kampf gegen den Terrorismus, der Kampf gegen die Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln und die Hilfe für sog. gescheiterte Staaten als Mittel gegen die organisierte Kriminalität. Besonders hervorzuheben ist, dass aus diesen Szenarien die Notwendigkeit präventiver Militärschläge abgeleitet wird.
"Im Zeitalter der Globalisierung können ferne Bedrohungen ebenso ein Grund zur Besorgnis sein, wie näher gelegene [...]. Die erste Verteidigungslinie wird oftmals im Ausland liegen. Die neuen Bedrohungen sind dynamischer Art[...]. Daher müssen wir bereit sein, vor Ausbruch einer Krise zu handeln. Konflikten und Bedrohungen kann nicht früh genug vorgebeugt werden." (Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie, 12.12.2003)

Noch weiter geht ein Strategiepapier von Militärberatern der EU. Nach dem European Defence Paper (EDP) von 2004, muss das Ziel sein, den Status einer zur Führung von Angriffskriegen fähigen Weltmacht zu erreichen. Im EDP taucht explizit auf, eine EU-Militärmacht auch auf nationale (also britische und französische) Nuklearstreitkräfte zurückgreifen zu lassen.

Zum Schluss dieses Abschnittes noch ein Zitat aus dem EDP, das deutlich macht, worum es bei der Schaffung und dem Ausbau einer europäischen Militärmacht geht. "Künftige regionale Kriege können europäische Interessen tangieren[...], indem europäische Sicherheit und Wohlstand direkt bedroht werden. Beispielsweise durch die Unterbrechung der Ölversorgung und / oder eine massive Erhöhung der Energiekosten, [oder] die Störung der Handels- und Warenströme." (European Defence - A Proposal for a White Paper, Report of an Independent Task Force, Paris 2004)

Ganz ungeniert wird in außen- und militärpolitischen Strukturen innerhalb der EU über eine Protektoratspolitik diskutiert. Länder, die nicht in das Konzept von EU defi-

nierter Sicherheit und Stabilität passen, sollen militärisch unterworfen und anschließend unter EU-Herrschaft gestellt werden, bis sie neoliberalen Spielregeln gehorchen.

Neben den 60000 SoldatInnen der EU-Eingreiftruppen ist für dieses Jahr die Einsatzbereitschaft von 13 Battlegroups mit jeweils 1500 SoldatInnen geplant, die als mobile und flexible Eingreiftruppe innerhalb von wenigen Tagen an Orten im Umkreis von 6000 Kilometern um Brüssel agieren können sollen.
Parallel zu den originär europäischen Militärplanungen läuft eine weitgehende Neustrukturierung der NATO unter der gleichen strategischen Prämisse des Schutze und der Durchsetzung wirtschaftlicher und politischer Interessen der USA und Europas. Auf dem Prager Gipfel wurde die Aufstellung einer NATO Response Force beschlossen, die explizit zur weltweiten Führung von Präventivkriegen in der Lage sein soll und mittlerweile einsatzbereit ist.

Neoliberale Strategien für Europa

Spätestens mit der Europäischen Einheitsakte von 1985 über die Schaffung eines gemeinsamen Marktes bis 1993 hat sich die EU zum wesentlichen Motor neoliberaler Politik gemacht. Im Vordergrund stand zu dieser Zeit jedoch eindeutig die komplette Umstrukturierung der eigenen Systeme, um die europäische Ökonomie unabhängiger von globalen Verwertungskrisen zu machen. Klar formuliertes Ziel war aber auch schon 1985, Europa mittelfristig als weltweit führende und bestimmende Macht zu etablieren. Mit dem Ende des Systemkonfrontation ist für die EU zusätzlich zu Krisenbewältigung die Konkurrenz zu den USA in den Vordergrund gerückt, konnte sich jetzt der zu schaffende europäische Block weltweit positionieren und hatte sich die Schutzfunktion durch die Militärmacht USA und damit auch die langfristige Bedeutung der NATO vollkommen verändert.

Die kapitalistische Umstrukturierung im Rahmen der europäischen Integrationspolitik ab 1985, basiert auf den gleichen strukturellen Maßnahmen, wie heute die Strukturanpassungsmaßnahmen, die für Staaten des Trikont in Kredit- und Handelsverträgen festgeschrieben werden. Schaffung eines weitgehend freien Marktes für Waren, Kapital und Dienstleistungen, Abbau staatlicher unternehmerischer Tätigkeiten und größtmögliche Privatisierungen des öffentlichen Dienstes, Deregulierung der Produktionsprozesse, massiver Abbau von Sozialleistungen und als Ergebnis die Zerschlagung der alten gemischten Ökonomien.
Die Ende der 80er Jahre einsetzende europäische Harmonisierungs- und Angleichungspolitik im Zusammenhang mit Produktionsprozessen und Warenzulassungen hat auch ohne tatsächliche gesetzliche Harmonisierung zu einer massiven Deregulierungswelle geführt. Wo Produkte und Dienstleistungen mit niedrigeren Standards und weniger Kosten sich über das Prinzip des festgeschriebenen freien Marktzugangs Vorteile verschafft hatten, haben nationale Hersteller entsprechenden politischen Druck ausgeübt, unter den gleichen Bedingungen produzieren zu können. Dieser allgemeine Regulierungsdruck über eine sich verschärfende Konkurrenz war explizites Ziel der EG/EU Konzeption. Der ehemalige EG-Kommissar Narjes beschrieb diese Strategie als die größte Deregulierung der Wirtschaftsgeschichte.

Die sog. Agenda 2010 ist die direkte Umsetzung von Strategien der europäischen Staatschefs aus dem Jahr 2000. In der Lissabon-Strategie ist festgelegt, dass Wirtschaft, Wissenschaft und vor allen Dingen die Sozialsysteme grundlegend umstrukturiert werden müssen, um die EU innerhalb von 10 Jahren zum dynamischsten und wettbewerbfähigsten Wirtschaftsraum weltweit zu entwickeln.
In den gleichen Zusammenhang gehört die Bolkestein-Richtlinie, die den europäischen Dienstleistungsmarkt bis 2010 liberalisieren und deregulieren soll. Auch wenn diese Richtlinie jetzt nach Protesten von verschiedenen Verbänden und Gewerkschaften noch einmal überarbeitet wird, um sie besser verkaufen zu können, wird ihr Kern auf jeden Fall erhalten bleiben. Innerhalb der EU soll ein massiver Unterbietungswettlauf einsetzen, wobei Anbieter aus den Ländern im Vorteil sind, in denen Löhne, Steuern, Arbeits- und Verbraucherschutz etc. besonders niedrig oder kaum vorhanden sind. Ergebnis wird sein, dass durch diese Konkurrenzsituation das eintritt, was auch schon Ziel der Harmonisierungspolitik war. Höhere Standards werden bewusst zur Disposition gestellt.
Ein weiterer Punkt der Dienstleistungsstrategie ist, dass alle Bereiche der öffentlichen Dienstleistungen, die dem Wettbewerb unterliegen, in diese Unterbietungswettlauf mit einbezogen werden sollen. (Energieversorgung, Telekommunikation, Post, Wasserversorgung etc., sowie der öffentliche Nahverkehr und weite Teile des Bildungswesens). Tatsächlich ausgenommen sind nur hoheitliche Aufgaben (Polizei und Armee) und der kostenlose öffentliche Schulbesuch.

Die EU ist also spätestens seit Anfang der 80er Jahre im Kern ein auch nach innen gerichtetes neoliberales Projekt, mit dem Ziel optimale kapitalistische Verwertungsbedingungen zu schaffen. Die Ergebnisse dieser Politik, mit der europäische Gesellschaften konfrontiert sind, wie anhaltende Massenarbeitslosigkeit, Verarmung von immer größeren Teilen der Gesellschaft bei der gleichzeitigen Liquidierung von sozialen Sicherungssystemen sind Konsequenz aber auch bewusstes Kalkül in der Strategie neoliberaler Politik.

Mit dieser Politik ist untrennbar die zunehmende Neustrukturierung von Gesellschaften verbunden. Auf der ideologischen Ebene haben in den 80er Jahren

massive Individualisierungskampagnen eingesetzt, in denen der sich selbst vermarktende Mensch, der sich bewusst in Konkurrenz begibt, in den Vordergrund gerückt ist. Die Vernichtung von solidarischen Ansätzen und Bezügen ist schon seit Jahren Realität. Der Wert, der die Gesellschaft zusammenhalten soll ist das Bestehen in der weltweiten Konkurrenz und die Bewertung von Erfolg in diesem Zusammenhang.
Gleichzeitig ist die autoritäre Zurichtung von Gesellschaft auffälligstes Merkmal dieser Neustrukturierung. Die Zurichtung der Menschen unter sozialer und institutioneller Kontrolle führt gleichzeitig zu einer Akzeptanz von Sanktionen und Repression. Das beginnt bei 1 Euro Jobs und der Drohung mit Leistungsverlust, polizeilicher Kameraüberwachung öffentlicher Räume und endet beim Kampf gegen den "Terror" und weltweiten präventiven Kriegen

EU-Interessen in Asien

Spätestens seit der Umsetzung des EU-Binnenmarktes unter neoliberalen Vorraussetzungen und einer sich immer weiter entwickelnden Globalisierung, ist der asiatische Raum für die EU von größter Bedeutung. Europäisch-asiatische Beziehungen und Kooperationen sind in verschiedenen Abkommen und regelmäßigen Treffen auf höchster Ebene geregelt und institutionalisiert. Vordergründigstes Interesse der EU ist dabei, die eigene Stellung auf dem Weltmarkt zu im Rahmen innerkapitalistischer Konkurrenz zu verbessern und sich zunehmend als Weltmacht zu etablieren. Der asiatische Markt (ausgehend von den Staaten die am ASEM beteiligt sind) ist der größte Wachstumsmarkt für die EU. Zwischen 1999 und 2005 stieg der europäische Im- und Export mit der Region um ca. 60%. Damit entfällt auf den Handel mit den ASEM-Partnerstaaten über 20% des gesamten Warenverkehrs der EU.

2001 hat die europäische Kommission ein strategisches Rahmenwerk für die Beziehungen zu Asien verabschiedet, das Ende 2008 neu gefasst werden wird. Die Kernpunkte dabei sind:

- Engagement im politischen und Sicherheitsbereich
- Handel und Investitionsbeziehungen in beide Richtungen
- Reduzierung der Armut in der Region
- Stärkung der Zivilgesellschaft im Hinblick auf die Verbreitung der Demokratie, guter Regierungsführung und der Rechtsstaatlichkeit in der Region
- Schaffung von Partnerschaften bezüglich globaler Themen

(aus: Ein strategischer Rahmen für erhöhte Teilhaberschaften, September 2001)

Dahinter verbirgt sich wie bei allen europäischen Strategien für den Trikont nichts weiter als das Um- und Durchsetzen neoliberaler Marktgesetze und die Schaffung passender politischer Systeme. Die Besonderheiten in Bezug auf Asien sind zum einen die Konkurrenzsituation zwischen der EU und den USA und zum anderen das Verhältnis zu Indien und China, Staaten, die sich in den letzten Jahren wirtschaftlich und machtpolitisch extrem verstärkt haben und sowohl in der Region als auch global relativ autonom operieren und gleichzeitig qua ihrer Bevölkerungszahlen und wirtschaftlicher Entwicklung einen riesigen Markt bilden.

Für die EU gilt es möglichst schnell den asiatischen Markt nicht nur zu erschließen, das dürfte er im weitesten Sinne schon sein, sondern sich Markt- und Verwertungsbedingungen zu schaffen, die die eigene Position stärken. Das bedeutet exklusive Freihandelsabkommen mit wirtschaftlich prosperierenden Staaten zu erreichen, durch politischen und wirtschaftlichen Druck auf sog. Schwellen- und Entwicklungsländer sich optimale Bedingungen zu schaffen, China in globale und regionale Institutionen und Abkommen (wie WTO und Abkommen mit ASEAN) zu bringen, um diese wirtschaftliche Macht nicht weiterhin autonom prosperieren zu lassen.

Diese Strategien finden in vollkommener Konkurrenz zu den USA statt, die den südost asiatischen Raum historisch und aktuell als ihr Einflussgebiet betrachten. Das politische und ökonomische Agieren der USA wird von den meisten Staaten Asiens spätesten seit der asiatischen Finanzkrise 1996-98 als extreme wirtschaftliche Unterdrückungspolitik und Abhängigkeit von der Leitwährung Dollar empfunden. 2003 schlossen die USA mit Singapur, dem zentralen Finanzzentrum Asiens ein Freihandelsabkommen. Dieses Abkommen bedeutet indirekt eine verschärfte Einflussnahme der USA auf die asiatische Ökonomie und ist gleichzeitig der Versuch die ASEAN-Staaten zu spalten. Die militärische Bedrohung Nordkoreas durch die USA (angedroht war gegebenenfalls ein präventiver Nuklearschlag) war auch eine Einschüchterungspolitik vor allen Dingen gegenüber Japan, China und Südkorea. Eine militärische Intervention wie im Irak würde die US-Präsenz festschreiben und vor allen Dingen Japan und Südkorea weiter von einer US-Sicherheitsgarantie abhängig machen.

Ausgelöst vor allen Dingen durch die Asienkrise wird in Teilen der asiatischen Wirtschaftselite von einer eigenen Währungsunion gesprochen, die aber angesichts der politischen Zersplitterung utopisch erscheint. Konkret geht es darum, langfristig eine Alternative zum Dollar als Leitwährung zu entwickeln und dafür möglicherweise auf den Euro zurückzugreifen (siehe auch die Bedeutung der Europolitik zwischen den Irakkriegen).
Der malayische Ministerpräsident plant mittelfristig Öl und Erdgas sowohl gegen Euro als auch gegen Dollar zu verkaufen. Angesichts der Tatsache, dass Japan der größte Importeur malayischen Erdgases ist, würde schon allein dieser Fakt dem Euro zu einer immensen Aufwertung verhelfen und wäre ein erster Schritt, dem Dollar die Stellung als Weltleitwährung streitig zu machen. Vor diesem Hintergrund ist es kein Zufall, dass das erste ASEM-Treffen während der asiatischen Finanzkrise stattfand und sich dann etablierte.



ASEM Außenministertreffen

Am 28/29. Mai findet in Hamburg das ASEM Außenministertreffen statt.

Für das Treffen sind Atlantik und Ibishotel an der Alster fest gebucht. Veranstaltungen und Konferenzen sind im Rathaus und im CCH geplant. Erwartet werden ca. 1400 TeilnehmerInnen an verschiedensten Tagungen und Sitzungen. Über die Themen des Treffens ist bis heute nichts bekannt.

ASEM (Asia-Europe Meeting)

Mitglieder des ASEM Prozesses sind alle EU Staaten und die EU-Kommission von europäischer Seite. Auf asiatischer Seite alle ASEAN Staaten (Association of South East Asian Nations): Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand, Brunei, Vietnam, Laos, Myamar und Kambodscha, zusätzlich Indien, Japan, VR China, Republik Korea, Mongolei und das Sekretariat der ASEAN.

Die Initiative für dieses regelmäßige Treffen ging von Singapur und Frankreich aus. Beratungen über die Umsetzungen begannen 1996, nicht zufällig während der asiatischen Finanzkrise auf Gipfelebene zwischen den Regierungschefs, wobei es gleichzeitig Treffen der Außenminister, der Minister für Wirtschaft, Finanzen, Umwelt, Einwanderung und Technologie gab.

Die Treffen der Regierungschefs finden regelmäßig alle zwei Jahre statt, Treffen der Fachminister meistens jährlich. Wesentliche Themen sind laut ASEM selbst politische, wirtschaftliche und kulturelle Aspekte asiatisch - europäischer Zusammenarbeit. Dialogthemen sind Anti-Terrorkampf, Migration, Menschenrechte, Umwelt, Bildung, Arbeit und Beschäftigung und vor allen Dingen Wirtschafts- und Finanzkooperation.

O-Ton EU-Kommission:

"Im wirtschaftlichen Bereich gilt es, die wirtschaftliche Partnerschaft zu stärken, dem Dialog zwischen Unternehmen, zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor sowie zwischen Finanz- und Wirtschaftsministern Vorrang einzuräumen und ferner einen Dialog über grundsätzliche sozioökonomische Fragen einzuleiten.

Die Intensivierung des Dialogs zwischen den Wirtschaftsministern und hohen Beamten sollte insbesondere auf folgendes ausgerichtet sein:

- Stärkung des multilateralen Handelssystems der WTO
- Intensivierung der Handels- und Warenströme
- Schaffung besserer Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen
- Verbesserung des Dialogs und der Zusammenarbeit in für die Zukunft wichtigen Schlüsselbereichen (Infrastruktur, Verkehr, Spitzentechnologie, Dienstleistungssektor, Telekommunikation etc).

Die Struktur des ASEM ist als informelles Dialogforum angelegt und soll laut Eigendarstellung der Beratung und multilateralen Gesprächen über die Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen dienen. Die beteiligten Staaten haben anfangs hohen Wert auf die Darstellung dieser Treffen als nicht institutionalisiert und prozesshaft gelegt. Zunehmend wird dieser fast unverbindliche Charakter von europäischer Seite kritisiert. Im Rahmen von ASEM können keine Abkommen sondern nur Absprachen getroffen werden, die Teilnahme beruht auf Freiwilligkeit. Die EU fordert von ASEM immer häufiger, als geschlossener Block in globalen Institutionen aufzutreten. Gelungen ist das nur in Fragen des Klimaschutzes in Zusammenhang mit dem Kiyoto-Protokoll und der von ASEM gegen den Widerstand der USA geforderten Eingliederung Chinas in die WTO.

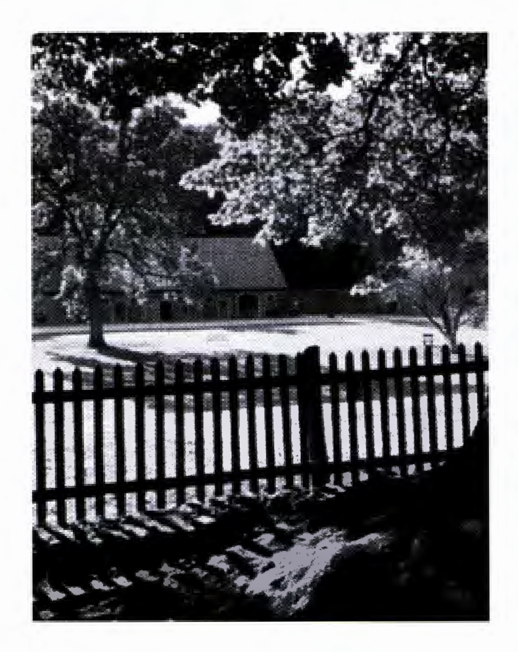
ASEM ist auf zwei Ebenen ein extrem heterogenes Treffen. Die EU-Staaten bilden ökonomisch und politisch einen relativ starken Block, der von vereinheitlichten Interessen eines gemeinsamen kapitalistischen Projekts getragen wird. Die asiatische Seite setzt sich aus verschiedensten politischen Systemen, reichen Volkswirtschaften, sog. Entwicklungs- und Schwellenländern zusammen, die in keiner Weise eine der EU entsprechende politische Vereinheitlichung vorweisen können und zum Teil erheblich miteinander konkurrieren. Die ASEAN ist als politische Organisation kaum mit der EU zu vergleichen. Sie ist ein freiwilliger Staatenzusammenschluss, der keinen rechtlichen Status und kaum Kompetenzen hat. Durch vor allen Dingen ökonomische Uneinigkeit zwischen den ASEAN-Staaten hat sich die Organisation in den letzten Jahren zusätzlich massiv geschwächt und an Einfluss verloren. Erst mit den Entscheidungen des letzten Ost-Asien Gipfels vor einigen Wochen ist in diesem Zusammenhang eine Wende eingetreten. Die ASEAN-Staaten haben beschlossen bis 2015 eine Freihandelszone zu schaffen und innerhalb der politischen Organisation handlungsfähigere Strukturen zu schaffen. Wesentliches Ziel der meisten asiatischen Staaten ist es, die wirtschaftliche Vormachtstellung Chinas sowohl in der Region als auch global zu überwinden. China hat in den letzten Jahren viele bilaterale Freihandelsabkommen mit einzelnen ASEAN-Staaten abgeschlossen, sich so erhebliche Vorteile verschafft und ASEAN ökonomisch weitgehend zersplittert. Eine ASEAN-Freihandelszone wäre mit 537 Millionen EinwohnerInnen größer als die EU oder die NAFTA.

Terroristen überall - oder wie aus Anti-Atom-Gruppen Hilfssheriffs werden.

Von allen guten Argumenten gegen Atomanlagen ist die "Terrorgefahr" das Schlechteste

Atomausstieg ist Handarbeit, dies ist eine in der Anti-Atom-Bewegung weit verbreitete Einsicht, und so wundert es kaum, dass es nur wenige theorielastige Werke aus ihren Kreisen gibt. "Der Atomstaat" von Robert Jungk ist eines dieser seltenen Werke, und Anti-Atom-AktivistInnen täten gut daran, immer mal wieder in ihm zu blättern. Doch dieses mittlerweile 30 Jahre alte Grundlagenwerk wird heute nur noch selten bemüht. Nur so lässt sich erklären, dass seit Jahren hartnäckig in Klageschriften gegen Standortzwischenlager das Argument TerroristInnen könnten Atomanlagen ins Visier nehmen in den Vordergrund gerück wird.

Nachdem im Oktober 2001 bereits alle gro-



ßen Umweltverbände (BUND, NABU, Greenpeace, Robin Wood) in das Horn allgemeiner "Terrorgefahr" geblasen hatten, stimmten in den darauf folgenden Jahren beinahe alle Standortinitiativen in diesen Bocksgesang ein. Aktuellster Fall die Argumentation der KlägerInnen gegen die Zwischenlager an den Standorten Krümmel und Brunsbüttel, die am 31.1.07 vor dem OVG Schleswig verhandelt wurden. Ergänzt wird der Chor seit Januar unerwarteter Weise auch von Detlef zum Winkel, der in der Januarausgabe der Konkret mit größer Entrüstung über den vermeintlich ungenügenden Schutz von Zwischenlagern philosophiert.

Um es vorne weg zu sagen: Wir wissen es nicht. Wir müssen eingestehen, dass wir nicht die geringste Ahnung haben, ob und wer was böses gegen Atomanlagen plant, und das ist zwar nicht gut so, doch es ist unserer Ansicht nach auch gar nicht das Problem. Den die Terrorszenarien spiegeln auf jeden Fall eines wider, die Gewaltphantasien derer, die sie spinnen. Ganz real hingegen waren Szenen wie sie sich im am 14. Dezember 2001 im AKW Brunsbüttel abspielten.

Wie nach einem Anschlag mit einer Handgranate (zit. Spiegel) sah es aus. In unmittelbarer Nähe des Reaktordruckbehälter war es zu einer Wasserstoffexplosion gekommen, innerhalb von vier Minuten traten bis zu 260 L Kühlwasser aus. Was die Inspekteure der Reaktorsicherheits Kommission (RSK) sahen, übertraf ihre schlimmsten Befürchtungen: Im Rohrgewirr nahe dem Reaktordruckbehälter tat sich ein Trümmerfeld auf. Dämmstofffetzen und die Überreste einer Zentimeter dicken Rohrleitung lagen verstreut am Boden.

Viel näher am Herzen der Anlage hatte wohl niemand eine Handgranate oder ähnliches zur Explosion bringen können. Islamistische Terroristen möchte man nach Lage der aktuellen Debatte vermutet - weit gefehlt. Eindrucksvoll hatten einheimische Ingenieure erneut unter Beweis gestellt, das ihre Selbstüberschätzung und Unachtsamkeit mit weitaus größerer Wahrscheinlichkeit zu einem GAU in der brd führen wird als mutmaßliche Terrorkomandos anderer Staats- oder Religionszugehörigkeit.

Dies ist kein Plädoyer für religiös motivierten Terror. Die Tatsache, dass unter dem Begriff "Terroristen" sowohl religiös motivierte Selbstmordattentäter, als auch die Gefangenen aus der RAF oder Menschen, die mit militanten Aktionen Atomtransporte angreifen, gefasst werden, zeigt jedoch, dass das Reden über den "Terrorismus" nur sehr wenig mit den Motivlagen derer zu tun hat, die unter dieser Kategorie gefasst werden.

Eine Aussage wie "Terroristen könnten ein Zwischenlager angreifen" ist nicht einfach nur richtig oder falsch. Sie bewegt sich in einem diskursiven Raum, in einem Kontext anderer Aussagen, und diese sind im Falle des Terrorismusdiskurses allesamt keine emanzipatorischen Aussagen. Es ist ein diskursiver Raum, der geprägt ist von Ausschlüssen und Gewaltphantasien, von der Mobilisierung eines imaginären Wirs gegen ein monströses Die. Die Debatte um mögliche Angriffe auf die Atomanlagen ist ein Gold wert für staatliche Sicherheitsszenarien und hat mit Atomanlagen nur soviel zu tun, als dass dieser Austragungsort von Bedrohungsszenarien werden, die Bühne stellen, auf der sich die Lautsprecher der inneren Sicherheit eins um andere Mal ins Rampenlicht schieben können.

Wer auf diese Bühne springt wird, nichts anderes sein als ein Komparse, eine Steigbügelhalterin in einem Stück bei dem nicht nur der falsche Text vorgetragen wird sondern schon die Auswahl des Theater grundsätzlich daneben gegangen ist.

Doch zurück von der Bühne der Inneren Sicherheit in das sicherheitspolitische Tagesgeschäft der brd.

In einer politischen Situation, in der sich die formale Politik durch Subventionsabbau, Steuersenkung kurz neoliberaler Standortpolitik und immer weiter ihrer ökonomischen Gestaltungsspielräume beschneidet, wird es für PolitikerInnen vordringlich, Handeln zumindest zu inszenieren. "Innere Sicherheit" ist die exponierteste politische Bühne, die Inszenierungen "Organisiertes Verbrechen" der 90er Jahre mittlerweile durch islamistische Terrorbanden abgelöst. "Sicherheit" eignet sich für Inszenierungen vor allem, da sie niemals erreicht werden kann. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, wieso eine Debatte um Nebelwerfer am AKW Standorten und Islamisten eine solche Aufmerksamkeit erfährt. Es ist die in der brd größte allgemein akzeptierte Gefahr in Kombination mit dem aktuell ruchlosesten TäterInnenprofil. Ein Stoff, der so heiß ist, dass anscheinend alle etablierten Anti-Atom-Organisationen nicht die Finger davon lassen können, obgleich klar sein müsste, dass sie sich hier nur vor den Karren eines galoppierenden Sicherheitswahns spannen lassen.

Der Charme des Vernebelns von Atomanlagen, liegt angesichts von modernen Navigationssystemen ganz offensichtlich nicht in der Wirksamkeit der Maßnahme sondern in ihrer Qualität als Inszenierung. Welcher Innenminister möchte nicht gerne Testnebelbänke auf Knopfdruck auslösen. Sicherlich würden von Zeit zu Zeit Nebelbänke durch falschen Alarm ausgelöst werden, die dann tagelang durch die Nachrichtenticker gejagt werden, nur um aufs neue einer vermeintlichen Terrorgefahr Nachdruck zu verleihen.

Es bleibt also festzuhalten: Der Atomstaat lebt von solchen Argumenten, es sind unter anderem Terrorszenarien, aus denen er seine Kraft und vor allem Legitimation zieht. Denn am Ende wird über das Argument möglicher Angriffe auf herumstehende Castoren nicht die Stillegung von Atomanlagen legitimiert, sondern als Bedrohungsszenario für einen "quasi Verteidigungsfall" a´ la Wolfgang Herrn Schäuble genutzt.

Wir jedenfalls sind nicht bereit, die "Verhinderung" des einen oder anderen Zwischenlagers gegen eine Anti-Terrorgesetzgebung zu tauschen, die zumeist anderen, in den Castortagen im November aber auch uns auf die Füße fällt.

Eine Politik mit der Angst zu machen ist unserer Ansicht nach nicht emanzipatorisch zu wenden, denn der Preis für Sicherheit ist Freiheit. Da es sich dabei zumeist um die Freiheit anderer handelt scheint dies gerade einem bürgerlichem Klientel des öfteren aus dem Blickfeld zu geraten.

Es reicht nicht allein gegen Atomanlagen zu sein, denn eine Welt ohne Atomanlagen wäre zweifellos besser, aber noch lange nicht gut.

Durch gute Argumente alleine ist in der brd noch kein einziges AKW vom Netz gegangen, und es ist nicht abzusehen, dass sich dies durch schlechte Argumente ändern ließe.

Für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen weltweit

Anti-Atom-Büro Hamburg

antifa reloaded

Kein großes Vorwort diesmal. Wir erfreuen uns einer immer größeren LeserInnenschaft. Das finden wir super. Jetzt noch kein neues Layout. Die Zeit und so, ihr wisst ja wie das ist. Wärmstens seien euch hier die kommenden Antifa-Cafes ans Herz gelegt und die feministische Demo zum 8.März in Göttingen, die aber erst am 10.3 stattfindet.
Eure Antifa-Lokalrunde

FACTS

Karnevalsverein NPD

Seit einigen Monaten steckt Hamburgs NPD im Stellungskrieg - Mit sich selbst...
Zank und Streit, Drohungen, Verleumdung, Nötigung, Intrigen. - Das alles sind Begriffe, die der Hamburger NPD zurzeit mehr als vertraut erscheinen müssten.
Wo man bis vor einigen Monaten noch hätte meinen können, der hiesige Landesverband der Nazis stehe geschlossen hinter seiner Landesvorsitzenden Anja Zysk, findet man heute nur noch einen parteipolitischen Scherbenhaufen vor.
Aber wie kam es dazu?
Anfang Januar ließ Zysk über die Homepage der NPD Hamburg mitteilen, dass sie zusammen mit dem gesamten Landesvorstand zurückgetreten sei. Der Anlass für diese Entscheidung mutete erst einmal, wenn auch ungewöhnlich, so doch recht banal an:
Der Sinn einer von Zysk propagierten Kundgebung gegen einen Moscheebau in Bergedorf am 10.02.07 spaltete die Geister im Landesvorstand. Doch hinter den Kulissen hatte sich schon vorher weit mehr getan. So ließ Frau Zysk im Internet gleich noch offiziell verlauten:
"Bereits vor einem Jahr wurde Frau Zysk auf einem Kameradschaftsabend von den Anhängern des Herrn Wulff darüber informiert, dass dieser zum Jahresende 2006 ihren Sturz plane und Jürgen Rieger, damals noch nicht Mitglied der Partei, zum Hamburger Landesvorsitzenden "machen" wolle."
Alle genannten "Umstürzler" waren erst vor nicht all zu langer Zeit im Rahmen einer Kampagne - mit dem Ziel, Freie Nationalisten und die NPD stärker zusammenzuführen- mit attraktiven Parteiposten ausgestattet worden.
Der Anlass Bergedorf schien also nur als Vorwand zu dienen, um einen Wechsel der Hamburger Parteispitze zwanghaft einzuleiten, möglicherweise mit der Intention, die NPD in Hamburg stärker auf den Kurs Freier Nationalisten umzulenken. Zumal gerade einen Monat früher derselbe Personenkreis den damaligen stellvertretenden Landesvorsitzenden und Zysk-Anhänger Martin Dembowski schon regelrecht rausgeschmissen hatte (Wir berichteten: Zeck Nr.136).

Doch es sollte alles noch viel besser kommen!
Nur einen Tag nachdem Anja Zysk die Homepage für die Veröffentlichung ihrer Stellungnahme nutzte, wurde die Seite aus dem Netz genommen.
Der Hamburger "Internetbeauftragte" der Partei, Lars Niemann, hatte einfach in Eigeninitiative die Seite abgestellt und äußerte sich kurze Zeit später u.a.:
"Er (der Landesvorstand) ist zurückgetreten, um einen sauberen Schlussstrich zu ziehen und einen Neuanfang zu ermöglichen, um wieder effektive Arbeit zu machen. Dies war leider keine Selbstverständlichkeit mehr, im von paranoiden Wahn zerfressenen Vorstand in Form von Frau Zysk."
Kurzerhand ließ Zysk von ihrem Vertrauten, Matthias Faust (Anmelder der Bergedorf-Kundgebung) , ihre Erklärung in einem privaten Nazi-Portal veröffentlichen und zeigte Thorsten de Vries wegen Verstoßes gegen § 86 a StGB, sowie wegen Bedrohung, Beleidigung, übler Nachrede und Verleumdung an. Die Beweise dafür sollten diverse E-Mails von de Vries an Zysk persönlich und an andere Leute liefern.
Und der Streit fand nicht nur physischen, sondern auch seinen virtuellen Ausdruck:
Als Gegenstück zur, nun von "Zysk-Feinden" mittlerweile wieder hochgefahrenen und betriebenen, ersten NPD-Homepage, richtete Anja Zysk mit Hilfe von ihrem Sympathisanten Christian Worch einfach eine zweite(!) unter einer anderen Domain ein.
Beleidigungen, Bedrohungen und tausend weitere Stellungnahmen, die wir Euch im Detail ersparen wollen, folgten. Die Schlammschlacht eskalierte!
Zudem schrieb die Eimsbüttelerin an den NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt einen offenen Brief, in dem sie detailliert über die Hamburger Zustände plauderte und rumheulte, dass Thorsten de Vries sogar kürzlich auf einer abgehaltenen Veranstaltung mit weiteren Nazis aufgetaucht sei und sie bedroht hätte.
Der erwünschte Effekt trat jedoch nicht so ein wie gedacht:
Dem NPD-Bundesvorstand schien es gar nicht zu gefallen, dass man in Hamburg die dreckige Wäsche in der Öffentlichkeit wäscht und so wurde ein Parteiauschlußverfahren gegen beide Seiten, Zysk und de Vries eingeleitet, das bis dato noch läuft.
Zysk habe vertrauliche Parteigeheimnisse veröffentlicht und de Vries habe den Parteifrieden vorsätzlich gestört, so die Partei. Bisher hat nur Zysk angekündigt, gegen einen evt. Ausschluss auch juristisch vorgehen zu wollen.
Da demnächst der Landesparteitag der NPD stattfindet, in dem alle Fehden möglichst geklärt werden sollen, beauftragte die NPD-Führung zur Sicherheit noch ihren Generalsekretär Peter Marx als Bevollmächtigten, den Parteitag zu organisieren und abzuwickeln und vielleicht auch Schlimmeres zu verhindern.
Dass aus dem vermeintlichen "Putsch" erstmal ein Chaos wurde, dessen weiterer Verlauf und Ende ungewiss ist, zeigt nicht zuletzt auch die Tatsache, dass Anja Zysk zumindest vorerst weiterhin "geschäftsführende" Landesvorsitzende bleibt und sich gerade erst Anfang Februar mit Matthias Faust ein Zysk-Anhänger gegen den Kandidaten des de Vries-Flügels bei der Wahl zum Kreisvorsitzenden des Kreisverbandes Nord/Eimsbüttel durchgesetzt hat.
Dessen Schicksal ist allerdings auch noch ungewiss, da prophylaktisch auch gegen ihn gleich ein Ausschlußverfahren wegen der Öffentlichmachung eingeleitet wurde.
Egal wer demnächst die NPD in Hamburg vertritt, Demos, Infostände, Veranstaltungen, etc. macht, wird weiterhin mit uns Probleme kriegen!

Kein Grund zum Feiern! - Ein Jahr "Streetwear Tostedt"

Im Vergleich zu Hamburg, haben es Naziläden andernorts weniger schwer sich ungestört über Wasser zu halten. In der Gemeinde Tostedt (Niedersachsen), genauer gesagt im Örtchen Todtglüsingen hat der Naziladen "Streetwear Tostedt", am 04. November 2006 sein einjähriges Bestehen gefeiert. Betrieben wird der Laden vom 34-jährigen Stefan Silar. Dieser ist schon seit Ende der 1980er Jahre in der neonazistischen Szene aktiv. Traurige Berühmtheit erlangte er 1992, als er, zusammen mit einem weiteren Nazi, den ehemaligen Kapitän

Gustav Schneeclaus in Buxtehude zu Tode prügelte. Für diese Tat kam er in den Knast und wurde dort u.a. von der "Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." (HNG) betreut. So blieb der Kontakt in die Neonaziszene beständig und Stefan Silar wurde nach seiner Haftentlassung zum Führer der "Sektion Nordmark" des mittlerweile verbotenen Neonazi-Netzwerks "Blood & Honour". Diese Position machte ihn zu einem der wichtigsten Akteure in der bundesdeutschen Rechtsrockszene. Seit Jahren veranstaltet Stefan Silar Neonazi-Konzerte und auch in seinem Laden, sind Klamotten von extrem rechten Bands genauso zu haben, wie Sachen der Marke "Thor Steinar" und anderer Label aus der Neonaziszene. Um den/die interessierte/n Rechtsrockhörer/in neue Bands schmakkhaft zu machen, bietet er in seinem Laden neben einer großen Auswahl an Rechtsrock-CD´s auch einen Testhörstand an. So lässt es sich als Neonazi gut leben. Eine dauerhafte antifaschistische Präsenz ist nicht vorhanden, die KundInnen können bedenkenlos seinen Laden ansteuern und die AnwohnerInnen fühlen sich weder gestört noch eingeschüchtert. Viele wollen darin nicht mal einen Naziladen entdecken - man kennt sich schließlich im Dorf und diese Idylle soll auch nicht gestört werden.

Für uns als aktive AntifaschistInnen kann es keine Beruhigung sein wenn sich in Hamburg die NPD selber zerfleischt (siehe Artikel in dieser Ausgabe), Naziläden immer wieder geschlossen werden müssen und Aufmärsche mal mehr, mal weniger erfolgreich attackiert werden. Während sich im ländlichen Raum Drumherum eine gut funktionierende Nazistruktur immer mehr festigt und eine kontinuierliche Arbeit der gesamten extrem rechten Szene gewährleistet. Deshalb kann`s nur heißen: Den braunen Sumpf trockenlegen - Nazistrukturen aufdecken und angreifen!

STICKERALBUM

Volker Fuchs

Das erste Mal und seitdem recht häufig ist Volker Fuchs im Mai 2005 aufgefallen. In diesem Monat eröffnete er in Hamburg-St. Pauli den Naziladen "elite style", der später in "Odin und Freya" umbenannt wurde. In dem Laden gab es von Wikingerdevotionalien über Rechtsrock CD´s bis hin zu einem breiten Angebot der extrem rechten Bekleidungsmarke "Thor Steinar" alles, was das Naziherz begehrt. Auch so mancher Hooligan wurde durch das gewaltverherlichende und rassistische Sortiment des Ladens angesprochen. Diese Bandbreite wundert nicht, unterhält V. Fuchs doch enge Kontakte in die HSV Fanszene, sowie zu Torsten de Vries, der ebenfalls in diesen Kreisen verkehrt, in erster Linie aber als langjähriger Nazikader und NPD-Mitglied bekannt ist. Auch V. Fuchs, der sich in den Anfangstagen des Geschäfts noch als "unpolitisch" ausgab, näherte sich im weiteren Verlauf immer mehr der organisierten extrem rechten Szene an. So nahm er, zusammen mit Mitgliedern der NPD und sog. "Freien Kameradschaften" an internen Veranstaltungen, sowie an neonazistischen Demonstrationen und Kundgebungen in Hamburg teil. Da der Laden kontinuierlichen antifaschistischen Protest auf sich zog, wurde auch versucht eine Drohkulisse aufzubauen, was zur Folge hatte das scheinbare und tatsächliche Linke immer wieder Ziele von Angriffen wurden und es dementsprechend oft zu Auseinandersetzungen mit häufig dort feiernden Neonazis und Hooligans kam. Der antifaschistische Protest und die vermehrten Angriffe gegen andere Mieter/-innen des Hauses führten schließlich im September 2006 dazu, dass V. Fuchs seine Räumlichkeiten verlor und eine Menge Strafverfahren auf ihn warten. Im Februar 2007 zog dies eine Verurteilung über 3.600 Euro Geldstrafe sowie zusätzlich 300 Euro Schmerzensgeld nach sich. Anfang des Jahres hat V. Fuchs dann die neuen Räume seines Ladens "unbreakable streetwear" in der Bürgerweide eröffnet. Doch auch hier machen, schon kurz nach der Eröffnung, positive Nachrichten die Runde. Eine rege Kundschaft will sich in den neuen Räumen nicht wirklich einfinden, unbreakable ist nur der Name - nicht aber die Fensterscheiben des Ladens. Kürzlich wurden in direkter Nachbarschaft des Ladens mehrere hundert Flugis verteilt um gegen Fuchs und seinen Nazishop zu mobilisieren.

Volker Fuchs: Im Bild rechts



NEWS

Nazikonzert in Neufeld (Schleswig-Holstein)

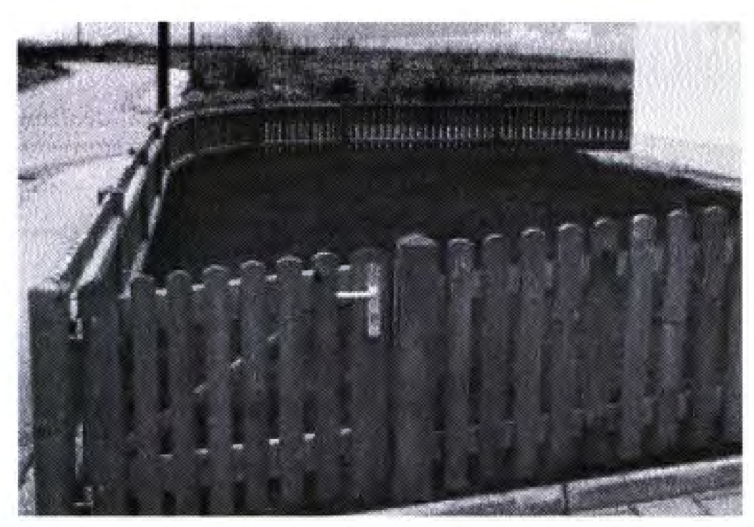
Am 20. Januar 2007 spielten in der die Rechtsrockbands "V-Punk" (Kiel), "Sachsonia" (Dresden) & "Das letzte Aufgebot". Der neonazistische V7-Versand aus Grevesmühlen bewarb dieses Konzert. In Neufeld gab es in letzter Zeit schon zwei RechtsRock-Konzerte (9. Dezember`06 in der ehemaligen Gasstätte "Zur Börse" die Blood & Honour Band "Oidoxie" und zwei andere Gruppen & am 6. Januar 2007 ein Konzert mit ca. 60 Nazis die auf Einladung der "Nationalen Aktionsfront Dithmarschen" "ZOG Sux" und "Blue Eyed War" lauschen durften). Weitere Infos hier: http://www.turnitdown.de/61.html und http://www.taz.de/pt/2007/01/18/a0346.1/text

Nazis zerstören NS-ZwangsarbeiterInnen-Denkmal in Verden

SchülerInnen des Berufsschulszentrums Verden und der Verein für Regionalgeschichte hatten als Mahnmal für die Opfer des NS einen historischen Waggon der Reichsbahn als Mahnmal ausgebaut. Der Waggon stand hinter dem Berufsschulzentrum und sollte am offiziellen Gedenktag der Shoa als Kundgebungsort dienen. In der Nacht zu vor hatten Neonazis diesen in der Nacht vom 25. auf den 26.1 in Brand gesteckt. Die Verdener Bullen halten Brandstiftung zwar für "wahrscheinlich", ermitteln aber in alle Richtungen, da auch technischer Defekt nicht ausgeschlossen werden könne. Da fragt mensch sich natürlich was dreister ist, die Aktion der Nazis oder das Verhalten der Bullen. Während einer antifaschistischen Aktionswoche vom 3. bis 9. Februar 2007 wird der abgebrannte Waggon als Mahnmal in die Verdener Innenstadt gestellt. Die Nazis rund um den Heisenhof / Dörverden sollten einer antifaschistischen Straf-Expedition unterzogen werden! Antisemitismus militant angehen!
Presse: http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/artikel.php?id=10&kat=10&artikelid=2980 & http://www.jungewelt.de/2007/01-30/051.php

Bergedorf: Worch & Zysk und das letzte Aufgebot des Volkssturms

Am 10.2 liefen 42 Nazis in Bergedorf auf. Sie versuchten eine Kundgebung gegen den Neubau einer Moschee abzuhalten. Rund 1000 Gegendemonstranten bepöbelten und bewarfen das Pack mit Schneebällen und



20 Ost-Nazis. Als Lauti diente den Spinnern ein gelber Mercedes-Sprinter 316cdi (LG MH 661). Wo war bloß die Feuerwehr? Gesprochen haben Anja Zysk, Christian Worch, Adolf Dammann, Hans-Gerd Wiechmann. Nach 2 Stunden machten sich die Nazis wieder auf dem Weg, begleitet von massiven Protesten. Trotz massivem Bullenaufgebot konnten die Nazis, die mit dem Zug angereist waren am Hbf. noch direkt angegangen werden und mit körperlichen Platzverweisen in Zug gesetzt werden. Alles in allem ein erfolgreicher Tag für die Antifa. Nicht zuletzt wegen der guten Mobilisierung die trotz der frühe ca. 300 Antifas allein am Vorabtreffpunkt in HH auflaufen lies. Nächstes mal sind es doppelt so viele!

anderen Dingen. Die Bullen waren mal wieder äußerst aggressiv und zerlegten als Höhepunkt die DGB-Kundgebung mit Wasserwerfereinsatz und Knüppelorgie. Ob sich das in der Presse gut macht, wo sie doch gerade erst eine Veranstaltung des DGBs gesprengt haben? Auch an anderen Stellen griffen die 1100 Einsatzkräfte immer wieder Antifas an und setzen trotz minusgrade WaWe`s ein. ACAB! Neben Anja Zysk (NPD HH), Matthias Faust (NPD HH), Christian Worch (Freie Nationalisten), Hans-Gerd Wiechmann (NPD Niedersachsen), Adolf Dammann (NPD Niedersachsen) auch ca.

DATES

02/03/07 Infoveranstaltung
"Antikapitalismus von Rechts" im Antifa-Cafe ab 18 Uhr / HafenVokü / Näheres hier: antifa-cafe.de.vu

10/03/07, 13h Göttingen, Gänseliesel (Marktplatz) Refresh the F-Word - Feminism
PFLICHTTERMIN! DEMO zum 8. März Näheres hier: www.gender-net.de und im Aufruf der sich auch in dieser Ausgabe finden lässt!

31/03/07 Lübeck- Antifa Mobaction gegen Nazi-Opfer Demo!
Opi und Omi waren Nazis und was Nazis bekommen, ist doch klar: Bomber Harris! Gegen deutsche Opfermythen! Checkt: http://www.wirkoennensiestoppen.de/

06/04/07 Antifa-Cafe ab 18 Uhr Infos wie oben

Naziaufmarsch in Lübeck am 31.03.2007 verhindern!

Deutschen Nationalismus bekämpfen! Die Strasse gehört uns!

Am 31.03.2007 wollen deutsche Neonazis der NPD und der militanten "freien Kameradschaften" durch Lübeck marschieren. Auf seiner Demo will der "nationale Widerstand" der "unschuldigen Opfer" und der "sinnlosen Zerstörungen" der alliierten Bombenangriffe auf Lübeck gedenken.

Nazigedenken an deutsche "Bombenopfer"

Dies ist eine ungeheure Provokation, die umso unerträglicher wird, als die Nazis andernorts mit ihrer Position nicht sehr weit von der deutschen "Mitte" entfernt sind: Es geht uns hier nicht um Einzelschicksale z.B. durch Bomben umgekommener Kinder, die tatsächlich nichts für das politische Drumherum konnten - die deutschen Städte als kollektive Gebilde waren alles andere als "unschuldig". Vielmehr waren sie die Basis und das Hinterland des mörderischen deutschen Nationalsozialismus!

Es geht hier nicht um das oberflächliche Abfeiern alliierter Politik (die beispielsweise nicht die Zuglinien nach Auschwitz bombardierten, obwohl sie von dem industriellen Massenmord wussten). Der Bombenkrieg kam aber trotzdem nicht aus "heiterem Himmel" auf "unschuldige Opfer" und schon gar nicht war er "sinnlos". Der Bombenkrieg diente der Demoralisierung der kriegswilligen deutschen Bevölkerung, Nachschubwege wurden unterbrochen und kriegswichtiges Hinterland wurde zerstört. Mit jeder Bombe rückten so die Befreiung der Konzentrationslager und ein Ende des Vernichtungsfeldzuges der deutschen Wehrmacht näher. Wer dies bewusst ausblendet oder verschweigt dient letzten Endes der Verdrehung der Geschichte im Sinne der Nazis.

Der größte Grund für historische Trauer ist unserer Meinung nach das komplette Scheitern der deutschen antifaschistischen Bewegung der 30er und 40er Jahre, wer hätte die Nationalsozialisten aufhalten sollen, wenn es keine alliierten Streitkräfte gegeben hätte?

Woher kommen all die Nazis? Vom Mond? Der historische Nationalsozialismus ist nicht im luftleeren Raum entstanden, er konnte auf einen starken in Bevölkerung und Gesellschaft verankerten Nationalismus, Militarismus, Sexismus und Antisemitismus aufbauen.

Auch die heutigen Neonazis sind keine Bande von Außerirdischen. Ihr rassistisches Gedankengut von "Volksgemeinschaft" hat erst dort eine Chance auf gesellschaftliche Verankerung, wo bürgerliche Medien und Politiker von einem "vollen Boot Deutschland" reden, das sich vor kriminellen "Asylbetrügern" schützen müsse. Ihr Weltbild von "schaffendem", gutem deutschen und "raffendem", bösem "jüdisch-angloamerikanischen" Kapital wird dann für Teile der Bevölkerung interessant, wenn etablierte Politiker von US-amerikanischen Unternehmen als "Heuschrecken" reden und sie allein für die negativen Folgen des kapitalistischen Systems wie Erwerbslosigkeit verantwortlich machen. Als würden deutsche Unternehmen anders funktionieren als amerikanische - ausbeuterischer Kapitalismus bleibt ausbeuterischer Kapitalismus, überall.

Auch der neue deutsche "Party-Nationalismus" gibt den Nazis Rückenwind: Wenn Bundespräsident Horst Köhler vor tausenden fähnchenschwingenden Deutschen am "Tag der Einheit" in Kiel verkündet er sei "stolz ein Deutscher zu sein", ist er zwar kein Nazi, aber der "Du bist Deutschland"-Nationalismus der "Mitte" funktioniert nicht anders als der Nazi-Nationalimus: Auch der letzte gesellschaftliche Verlierer darf stolz sein zum Kollektiv dazuzugehören und sich als etwas besseres fühlen als "die anderen". Was stören einen schon Studiengebühren, Hartz 4-Schikane und spärlicher werdende Gesundheitsversorgung, wenn mensch die nationale Fahne schwenken und stolz auf die wiedergewonnene militärische Stärke des "Vaterlandes" sein darf? Fakt ist: Es gibt keinen "gesunden Nationalismus", Nationalismus war, ist und bleibt eine falsche Ideologie, die die Menschen verdummt. Da hilft auch keine besoffene Fußball-Party.

Der Staat und die Nazis

Es gibt in Deutschland Gesetze, die Nazi-Propaganda und -Organisierung verbieten. Trotzdem ist es Tradition der deutschen Polizei und Justiz mit aller Härte gegen Linke und AntifaschistInnen vorzugehen und Milde gegen Nazis walten zu lassen.

Einige Beispiele:

In Hamburg wurde wegen einiger eingeworfener Scheiben und einem abgebrannten Schuppen in Zusammenhang mit Protesten gegen den Bau eines Luxushotels die schwerste Repressionswelle der Stadt seit Jahren losgetreten. Mit dem Vorwurf der "Bildung einer terroristischen Vereinigung" (§ 129a StGB) wurden dutzende von Wohnungen durchsucht und Gerichtsverfahren angestrengt. Als in Dortmund die Naziszene nach einem Mord an einem Antifaschisten Plakate verklebte auf denen zu lesen stand "Wer der Bewegung im Weg steht muss die Konsequenzen tragen" und Listen mit "den nächsten" veröffentlichte, verzichtete die Polizei auf einen Schlag gegen die Szene.

Der Rendsburger NPD-Vorsitzende Görtsen wurde zu einer Geldstrafe von 150 Euro verurteilt, weil er auf einem Naziaufmarsch durch eine Polizeikette (!) einem Antifaschisten Reizgas ins Gesicht gesprüht hatte. In Hamburg bekam ein Punk einen Strafbefehl über 300 Euro für das bloße Tragen eines Nietenarmbandes auf einer Demo.

Diese Beispiele zeigen ebenso wie das Scheitern des NPD-Verbotsantrages wegen zu enger "Begleitung" der Naziaktivitäten durch den Verfassungsschutz, dass wir im Kampf gegen den Faschismus nicht auf den deutschen Staat setzen können. Dies wird auch an den norddeutschen Naziaufmärschen der letzten Jahre deutlich; ohne massive (sowie sehr teure) Polizeieinsätze wären sie am antifaschistischen Widerstand nicht vorbeigekommen. Mit ihrer Repression und ihren brutalen Übergriffen auf antifaschistische Demos und Aktionen, wie auch im letzten Jahr in Lübeck, schafft die Polizei gezielt ein Klima der Angst in antifaschistischen Kreisen und hilft damit letzten Endes den Nazis.

Es liegt an uns Nationalismus, Sexismus, Rassismus und Antisemitismus zu thematisieren und zurückzudrängen! Antifaschismus heißt das Übel an der Wurzel zu packen und für eine andere Gesellschaft zu kämpfen!

Neonazis stoppen!

Naziaufmärsche sind wichtig für die Propaganda und die "Erlebniswelt" der Naziszene. Deshalb ist es wichtig sie zu stören und nach Möglichkeit zu verhindern.

Ob aktiver Antifaschismus erfolgreich ist oder nicht, entscheidet sich aber nicht nur bei Großereignissen, sondern vor allem im Alltag. Es ist den Nazis in den letzten Jahren vielerorts gelungen die hegemoniale Jugendsubkultur zu übernehmen. Auch in Schleswig-Holstein und erst recht in Mecklenburg-Vorpommern existieren mittlerweile eine Vielzahl von Naziläden und -Treffpunkten. Es gilt ihre Infrastruktur, ihre Geldquellen und Aktivitäten aufzudecken und dort anzugreifen wo es ihnen am meisten wehtut! Die Nazisubkultur muss thematisiert und geächtet werden, es darf keine Toleranz für Nazis in Schulen, Jugendzentren und Nachbarschaften geben! Auch liegt es an uns praktische Solidarität mit den Opfern der Nazigewalt zu üben und Gegenwehr zu organisieren!

Zurück zu Lübeck

Es gibt in Lübeck ein breites antifaschistisches Bündnis von Gewerkschaften, Kirchen und anderen Gruppen. Dies begrüßen wir ausdrücklich, ebenso wie die Aufrufe zu zivilem Ungehorsam. Um ein deutliches Zeichen zu setzen, wollen wir hiermit auch zur Teilname an der Bündnisdemo aufrufen. Weiterhin finden wir es wichtig, dass verschiedene Aktionsformen möglich sind, sich aber gegenseitig respektiert wird.

Wir machen mit diesem Flugblatt unsere eigenen Positionen deutlich und rufen hiermit zu einem linksradikalen, antifaschistischem Block auf der Bündnisdemo auf.

Ein Erfolg an diesem Tag würde unserer Meinung nach so aussehen, dass die Nazis nicht eine verkürzte Route laufen, sondern nach keinem einzigen Meter wieder nach hause geschickt werden!

Deshalb: macht massive Gegenaktionen in der ganzen Stadt, seid kreativ, sorgt für Bewegung in Lübeck am 31.03.07, don`t let them march, make them run!

Kein Raum für Nationalismus, Rassismus und deutsche Geschichtsverdrehung!
Linke Perspektiven schaffen - die Strasse gehört uns!

Linksradikale Warm-Up Demo Freitag 30.03. 17:00 Hbf, anschließend Antifa-Block auf der Bündnis-Demo Sa 31.03. 10:0, dezentrale Aktionen gegen den Naziaufmarsch

Bündnis Autonomer Antifas Nord (BAAN): Antifaschistische Aktion Eckernförde, Rabaz Lübeck, Autonome Antifa Greifswald, Autonome Antifa Ostholstein, Gruppe Zunder (Kiel)



Blockade ist nicht alles - Gegen deutsche Opfermythen in Lübeck

Am 31.3.07 wollen NPD und Kameradschaften in Lübeck unter dem Motto "Bomben für den Frieden?" aufmarschieren, um die vermeintlichen Opfer des von ihnen so genannten "alliierten Bombenterrors" zu betrauern.

Das neonazistische Aktionsbüro Nord versucht, die Bombardierung in den Kontext eines weltweiten Terrors der USA und ihrer Verbündeten einzuordnen und postuliert: "Völker und Staaten, welche sich nicht dem Weltherrschaftsstreben der USA unterwerfen wollen, werden durch Bombenterror in die Knie zu zwingen versucht!"
Des Weiteren ordnen sie Lübeck als Vorstufe von Dresden ein, da die Royal Air Force Lübeck als erste deutsche Stadt nach der "Area Bombing Directive" bombardiert hat. Damit nehmen die Nazis die militärische Reaktion der Alliierten auf den Nationalsozialismus und die Shoa heraus aus dem geschichtlichen Kontext und ignorieren wer den 2. Weltkrieg überhaupt verursachte: Nämlich die deutsche Volksgemeinschaft.
Der Diskurs der Nazis stilisiert die Deutschen als Opfer einer konstruierten alliierten Barbarei und stellt die Vernichtung der Juden und Jüdinnen durch die Verwendung des Begriffs "Bombenholocaust" mit der Befreiung durch die Alliierten auf eine Ebene.

Lübeck unterscheidet sich in der Darstellung der Nazis von Dresden dadurch, dass, jedenfalls bis jetzt, Opferzahlen verwendet werden, die auf einem relativ aktuellen Forschungsstand basieren. In Lübeck wird vor allem Bezug auf die Zerstörung der Lübecker Innenstadt genommen und Lübeck als "Testfeld" für Dresden dargestellt. Ansonsten ordnet sich der Lübecker Trauermarsch in den Diskurs von Dresden und Hamburg ein, in welchem eine deutsche Kriegsschuld geleugnet, deutsche Kriegsverbrechen verharmlost, und die deutsche Volksgemeinschaft als Opfer des zweiten Weltkrieges interpretiert wird.
So versuchen die NPD und das Kameradschaftsumfeld den Aufmarsch in Lübeck nun als alljährliche Veranstaltung zu verankern und kündigten letztes Jahr weitere Aufmärsche für die kommenden Jahre an.

Im Frühjahr 2006 blieb ihnen der Marsch in die Lübecker Altstadt verwehrt. Ein großes gesellschaftliches Bündnis führte eine Demonstration mit 4000 bis 5000 TeilnehmerInnen durch und blockierte nach Absprache mit der Polizei die Holstenbrücke.
Auf Grund dessen konnten die Nazis nur durch mehr oder weniger menschenleere Straßen über den "Altstadtring" ziehen. Weitere Blockaden verhinderten eine größere Umleitung der Neonazis. (Dokumentation der Ereignisse des Jahres 2006: http://www.wir-koennen-sie-stoppen.de/Seiten/2006.html)

Aus unserer Sicht reicht jedoch der "Kein Bock auf Nazis" - Ansatz der bürgerlichen Bündnispartner nicht aus. Deren Grund für die Organisation der Blockade war, die schnuckelige Innenstadt Lübecks gegen die Neonazis zu "verteidigen", und TeilnehmerInnen der Gegendemonstration als die "besseren Deutschen" zu inszenieren, welche sich gegen die "Verunglimpfung des Gedenkens" durch die Nazis zur Wehr setzten. Die kollektive Betrauerung der Deutschen als Opfer wird jedoch mit gutem Gewissen, folglich ohne die (nahezu) kollektive Schuld der Deutschen, bzw. der in der Volksgemeinschaft formierten, an den nationalsozialistischen Verbrechen zu beachten, weiterhin durchgeführt und eingefordert. Mit unserer Kritik soll nicht eine Blockade der Naziroute abgewertet werden, sondern darüber reflektiert werden, auf welche Inhalte sich die Mehrheit der Blockierenden beruft, in welchem gesellschaftlichen Kontext diese womöglich steht und welche Konsequenzen eine linksradikale Kritik und Praxis daraus ziehen sollte.

Mobilisierungen mit dem hier aufgezeigten Muster verwischen die Grenzen zwischen dem Gedenken der "normalen/besseren Deutschen", das sich von dem der Nazis primär dadurch unterscheidet, dass von einer expliziten Verharmlosung der Shoa abgesehen wird und eine "europäische Versöhnung" forciert wird. Im Gegensatz zu Dresden bleiben einer/einem in Lübeck große Volksversammlungen zum Gedenken erspart. Jedoch wird auch hier durchaus das Bild der "gleichwertigen Opfer" bedient und die Bombardierung Lübecks als "sinnlos" und "hinterhältig" bezeichnet.
So wurden auch auf der Auftaktkundgebung von bürgerlichen RednerInnen die Opfer des Nationalsozialismus mit deutschen Bombenopfern gleichgesetzt und deutsches Leid beschworen.

Wir denken, dass eine Positionierung zu den Bombardierungen deutscher Städte durch die alliierten Streitkräfte von einem linken antifaschistischen Standpunkt aus immer den Kontext im Blick behalten und den Fokus von einer reinen Antinazi-Haltung nehmen sollte. Damit kann verhindert werden, dass die deutsche Opfermythisierung, sowie ein von ihr ausgehender Rückgriff auf die Volksgemeinschaft aus dem Blickfeld geraten. Denn in Dresden, Hamburg, Lübeck und anderen deutschen Städten unterscheidet sich das bürgerliche Gedenken von dem der Nazis nur an wenigen Punkten. Auch innerhalb des bürgerlichen Gedenkens erfolgt eine kodierte Gleichsetzung wie am Beispiel Dresdens das Buch "Der Brand" von Jörg Friedrich belegt.

Die Instrumentalisierung des Gedenkens an die Opfer der Shoa und des NS zur Konstituierung eines "besseren" Deutschlands durch die bürgerliche deutsche Gesellschaft dient auch der Abgrenzung zu den USA. So fordert die vermeintlich geläuterte deutsche Nation europäische und internationale Mitbestimmung nicht trotz, sondern wegen Auschwitz, da die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte ja einen vermeintlichen moralischen Zugewinn bedeute. Doch der vermeintlichen Auseinandersetzung mit der Shoa in Deutschland zur moralischen Erhebung ist eine klare Absage zu erteilen, denn jegliche Auseinandersetzung musste dem deutschen Volkskollektiv nahezu aufgezwungen werden und wurde und wird immer noch als Bürde und unrechtmäßige Einforderung verstanden. So erfolgt sie auch nur, wenn sie einen internationalen oder europäischen Vorteil in Politik und Konfrontationstellung zu den ehemaligen Alliierten bringt. Besonders in den Kriegen seit dem 11. September wird ständig darauf hingewiesen, dass die USA, im Gegensatz zu Deutschland, durch den zweiten Weltkrieg nichts dazugelernt hätten, während Deutschland seine Kriegseinsätze humanitär rechtfertigt.

Ebenso entbehrt die deutsche Forderung nach Versöhnung in Bezug auf den 2.

Weltkrieg jeglicher Grundlage. Denn Versöhnung würde einen ursächlichen Konflikt voraussetzen, der zu beenden sei. Der "Konflikt" waren jedoch die Wahnvorstellungen und Allmachtsansprüche der Deutschen, die nur durch die Niederlage Deutschlands "gelöst" werden konnte. Oder natürlich durch den Endsieg. Die deutsche Versöhnung richtet sich aber nicht primär an die ehemaligen Feinde. Denn erstens muss eine Versöhnung von den Opfern ausgehen, zweitens, und wichtiger, soll die Versöhnung mit der eigenen deutschen Vergangenheit erfolgen, um sich wieder positiv auf die eigene Nation beziehen zu können. Die deutsche Vernichtungstat macht zudem jeden Ruf nach Versöhnung zu blanken Hohn.

Eine Politik, die mit den bekannten Parolen "Nie wieder Faschismus, Nie wieder Krieg" arbeitet (aus dem Aufruf zu diesem Jahr: "So setzten sie ein Zeichen für Demokratie und Toleranz, gegen Faschismus und Krieg."), ist unfähig, die Motive des Nationalsozialismus, vor allem den eliminatorischen Antisemitismus, zu begreifen. Statt dessen werden Kriege, darunter auch der deutsche zweite Weltkrieg, als unbegreifliche Katastrophen oder Schicksalsschläge wie schlechtes Wetter, auf das kein Mensch Einfluss hat, hingestellt. Damit wird jede kollektive und individuelle Schuld ignoriert. "Gegen Krieg" zu sein, ist auf den ersten Blick nicht die unsympathischste Meinung. Jedoch negiert sie die Realität und macht gleich, was nicht immer gleich ist. Diese Forderung führt zur blinden Verurteilung von z.B. imperialistischen Angriffskriegen ebenso wie der Niederschlagung Nazi-Deutschlands durch die Alliierten. Von hier ist es dann nicht mehr weit zu der Betrauerung vermeintlich unschuldiger deutscher "ZivilistInnen", der Verleugnung der Unterstützung des deutschen Volkskollektivs für den "totalen Krieg" und der Verkehrung der Befreier zu Tätern und deutschen Tätern zu ihren Opfern.

Wir danken den alliierten Streitkräften für die Befreiung der Welt vom Nationalsozialismus. Wir gedenken ihrer Opfer, die dafür gebracht worden sind. Die Befreiung wäre niemals von den Deutschen selber gekommen, der Widerstand von innen war minimal. Aus einer derartigen Betrachtung sind die Bombenangriffe gegen Deutschland nicht herauszunehmen, da sie als militärische Schläge gegen NS-Deutschland zu betrachten sind, die primär Infrastruktur für die Kriegsindustrie und die "Vernichtung" trafen und des Weiteren die bedingungslose Hingabe der deutschen Volksgemeinschaft zum Endsieg empfindlich geschwächt haben.
Wir sprechen uns gegen jede Position aus, die die deutsche Nachkriegsgesellschaft als geläutert verklärt und sich auf die Bekämpfung von Nazis beschränkt ohne einzusehen, dass diese nur ein Symptom für die bis heute nicht angemessene Aufarbeitung, der Entschädigung und der immer noch ausstehende Überwindung der Ursachen, die in den Nationalsozialismus führten, sind.

Beteiligt euch an den Aktionen gegen den Aufmarsch in Lübeck am 31.3.!

Deutsche TäterInnen sind keine Opfer!

against!
Gruppe gegen Deutschland

SPRUNG INS KALTE WASSER!

Eine Reaktion auf den Text der FreibadheldInnen und ein Aufruf an den Rest.

***** Eines vorweg an die FreibadheldInnen**

Euer Text wirkt so, als wolltet ihr euch in erster Linie auskotzen; Ihr schreibt zwar, ihr wolltet Niemandem vor den Kopf stoßen, doch Eure (in vielen Punkten von uns geteilte) Kritik an dem Zustand der autonomen Bewegung in Schleswig-Holstein kommt teilweise so unsachlich und von oben herab daher, dass sie vielleicht nichts anderes erreicht! Sicher habt ihr Eure Gründe, Euch über Avanti zu ärgern, aber Einschübe wie "wenn sie sich noch als Teil (der radikalen Linken) (...) versteht" könntet ihr euch echt sparen! Und wenn ihr einen - wie auch immer gearteten - Sexismusvorwurf öffentlich macht, dann doch bitte nicht als ausgekotzter Nebensatz, sondern so, dass der/die LeserIn die Chance hat, ihn nachzuvollziehen. Wir als eine Gruppe aus "der selbsternannten radikalen Linken in SH" (Wer hat euch denn eigentlich "ernannt"? Oder versteht ihr euch nicht als radikale Linke?) beschäftigen uns aber mit ähnlichen Fragen wie ihr in eurem Text und geben hiermit einen Beitrag in die (hoffentlich von euch angeschobene) Debatte. Und gemekkert über euern Text haben wir hiermit auch genug, prinzipiell finden wir es super, dass endlich mal jemand diese Fragen anspricht.

***** Die Situation der radikalen Linken - Blues oder Stagediving**

Einige von uns gehören zu einer Generation, deren politische Sozialisation vom Niedergang der radikalen Linken geprägt war: Im Laufe der 90er verlor unsere Ideologie/Utopie nach dem Überrolltwerden durch die deutschnationale Welle im Zuge der "Wiedervereinigung" und dem Zusammenbruch des "realexistierenden Sozialismus" ihre AnhängerInnen. Nahezu alle Gruppen und Zusammenhänge der 80er und frühen 90er lösten sich auf und auch unsere Mobilisierungsfähigkeit nahm kontinuierlich ab: Gelang es Mitte der 90er noch regelmäßig tausende von Menschen zu linksradikalen/antifaschistischen Anlässen zu mobilisieren (1), war dies Ende der 90er kaum noch möglich. Wir können uns noch gut an Naziaufmärsche z.B. in Hamburg erinnern, wo es uns in mehreren Wochen Vorbereitungszeit gelang, gerade mal 200 Menschen oder weniger zu Gegendemonstrationen zu mobilisieren. Die Zeiten haben sich geändert: Nicht nur die hamburger Bambule, sondern auch die wieder sehr groß gewordene Mobilisierungsfähigkeit der autonomen Antifa, die Proteste gegen Studiengebühren zumindest in Teilen der BRD unter deutlich linksradikalen Vorzeichen und einiges mehr beweisen das vorhandene rebellische Potential, trotz einem immer erdrückenderen deutschnationalen Fahnenmeer und einem immer undemokratischeren, repressiveren deutschen Staat.

---
(1) Wir trauern den Zuständen aber nicht hinterher. Die Fehler der damaligen Bewegung haben schließlich unter anderem zu den heutigen Zuständen geführt. Vielmehr sollten sie Lernprozesse für die heutige Bewegung hervorbringen.

***** Aber!**

- und damit kommen wir zurück zu den FreibadheldInnen - eine Richtung hat dieses Hoffnung machende Potential nicht wirklich, und bei den organisierten Strukturen sieht es nicht besser aus als Ende der 90er: Es gibt zwar landes- und bundesweite Strukturen, die durchaus kontinuierlich arbeiten und auch bundesweite Kampagnen tragen können, die aber oftmals Gefahr laufen die vorhandene Energie für die Arbeit in den Vorbereitungskreisen draufgehen zu lassen, so dass die arbeitsüberlasteten und personell unterbesetzten tragenden Gruppen es nicht mehr angemessen schaffen, die bundesweite Struktur in der eigenen Region wahrnehmbar zu machen und lokal zu verwurzeln. So bleiben sie hauptsächlich themengebunden und sind mit sich selbst beschäftigt, arbeiten oft nur auf ein bestimmtes Datum hin und das nebeneinander her. So haben z.B. die Wunsiedel- ("NS-Verherrlichung stoppen") und die Mittenwald-Vorbereitungszusammenhänge leider sowohl personell als auch organisatorisch wenig miteinander zu tun, obwohl sich zusammen vielleicht mehr erreichen ließe. (Es fühle sich da niemand angepisst, die Kampagnen haben auch so überdurchschnittlich gute Arbeit geleistet und entsprechende Erfolge erzielt). Außerdem funktioniert die Vernetzung zwischen den lokalen Zusammenhängen meist schlecht - in Kiel beispielsweise gibt es durchaus einige Antifazusammenhänge und einen großen Dunstkreis sich als linksradikal verstehender Leute, aber diese machen alle eher ihr eigenes Ding und zusammengesetzt wird sich meist nur vor anstehenden Großereignissen wie Naziaufmärschen, dann verschwinden wir wieder in unseren eigenen Plenums-Räumen, VoKüs oder WGs. Darüber hinaus genügt es den meisten unserer GenossInnen tatsächlich "dazuzugehören": Der Besuch der richtigen Konzerte und Parties, das Anziehen der richtigen Klamotten und die Teilnahme an politischen Ereignissen wie Demos und Aktionen gehört zum Szenealltag, strategisch und geplant Politik zu machen, inhaltlich zu diskutieren oder gar Verantwortung zu übernehmen ist dagegen eher weniger angesagt (2). So verkommt das "autonom sein" zu einem unreflektiertem Kosumverhalten. Oft verwendete Schlagworte, Parolen und Verhaltensweisen werden unhinterfragt übernommen und nicht mit Inhalt gefüllt. Eine Demo ist ein Erfolg, wenn's möglichst doll geknallt hat und bei indymedia ein paar Bilder mit rennenden Vermummten veröffentlicht werden können! Ansonsten besteht halt die Gefahr, dass Langeweile aufkommt... Militanz verkommt hier schnell zu einem reinen Selbstzweck. Die Analyse der politischen Auswirkungen verschiedener Aktionsformen und deren entsprechender Nutzung ist alleinige Sache der jeweiligen Organisierenden. Viele von uns genügen sich tatsächlich damit "autonom zu sein" und sich damit als etwas Besseres zu fühlen als der "Spießer von nebenan", den mensch auch argwöhnisch beäugt wenn er sich in die eigene Lokalität verirrt. Die FreibadheldInnen nannten dieses Sich-Einrichten in seinem Szene-Ghetto "linke Popkultur".

---
(2) Eine positive Ausnahme stellt hier sicherlich die Organisierung von kulturellen Veranstaltungen dar. So sind in der Alten Meierei seit der erkämpften Wiedereröffnung im Juni 2006 mehrere neue Gruppen entstanden, die die Meierei wahrscheinlich so lebendig und vielseitig wie nie zuvor gestalten. Bezeichnenderweise ist dies sicherlich der Bereich autonomer Politik, wo eine inhaltliche Auseinandersetzung über einen Grundkonsens hinaus am wenigsten zwingend erforderlich ist. Und wenn mensch die Beteiligung einiger VeranstalterInnen an der Organisierung des Gesamtprojektes Meierei betrachtet, zeichnet sich leider die gleiche Konsumhaltung und ein ähnliches Nebeneinanderherköcheln ab, wie in anderen Bereichen.

***** Und die Inhalte?**

Vor diesem Hintergrund laufen viele linke Mobilisierungen auf inhaltlich eher schwachem Niveau. Das ist nicht (nur) ein Avanti-Phänomen sondern findet sich auch dort wieder wo eine Antifa-Mobilisierung nicht viel mehr zu bieten hat als die Parole "Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen" und ein Spiderman-Bild. Warum hat sich eigentlich nur eine halbe handvoll von uns mit dem bundesweiten "Tag der Einheit" in Kiel beschäftigt? Und damit, dass die ehemals als links wahrgenommene "Pumpe" Werbeflyer in schwarz-rot-gold drucken ließ, niemand? Und warum können tausende von Leuten gegen Schills Sauereien demonstrieren, aber bei ähnlichen Sauereien eines CDU-Senates kaum jemand? Brauchen wir platte Hypes und Protestwellen auf denen wir "mitschwimmen" können, ein "personifiziertes (und somit vereinfachtes) Böses" wie einen George Bush oder eine Gruppe Naziglatzen um den Arsch hochzukriegen?

***** Wir wollen mehr!**

Die oben beschriebenen Zustände sind nicht deshalb so bitter weil alles keinen Sinn hat, sondern eben weil uns unser Mobilisierungspotential wieder Hoffnung macht: Die Zeiten schreien nach der Formulierung linker Utopien und schlagkräftiger Organisierung! Die hamburger Bambule hat gezeigt welche Wucht linke Mobilisierungen auch in dieser beschissenen Zeit entfalten können: Bambule wurde von vielen GenossInnen als Befreiungsschlag empfunden: Für einige Wochen schien alles möglich zu sein, wir waren viele, auch von tausenden von Bullen nicht zu stoppen, zogen alle an einem Strang und wollten alles. Zumindest gefühlt...

***** Wir wollen alles!**

Wieso ließ sich an Bambule und andere große Mobilisierungen der letzten Jahre nicht so richtig anknüpfen? Die Gegenseite sagt, weil die "erlebnisorientierten Jugendlichen" (Polizei Hamburg) halt "plötzlich da" und ebenso plötzlich wieder weg wären. An dieser Aussage ist sicher etwas Wahres dran, obwohl wir die Meinung es wäre nur das "Erlebnis" gewesen, was Bambule stark gemacht hat, natürlich nicht teilen. Die Leute gehen schon auf die Strasse weil sie ein politisches Bewusstsein haben: Die hunderte von (jungen) Leuten aus S-H die im Oktober in Hamburg-Wandsbek auf die Strasse gegangen sind, haben es nicht (nur) wegen des Erlebnisses getan, sondern aus dem Bewusstsein heraus dass es notwendig ist gegen Neonazis vorzugehen. Trotzdem gelingt es den meisten von uns nicht sich (in Gruppen) zu organisieren und sich kontinuierlich regional und überregional zu vernetzen. Dazu kommt, dass es für viele organisierte Zusammenhänge (wenn nicht gerade Bambule ist wo "mitgeschwommen" werden kann) irgendwie einfacher zu sein scheint halt "das zu machen was sie immer machen" (nämlich Szenepolitik für die Szene, wahlweise mit vielen tollen Bildern von Vermummten, Arbeiterklasse-Romantik oder am besten mit Fixierung des Blickes auf vergangene oder weit entfernte "glorreiche Kämpfe"). Es gilt strategisch zu planen und flexibel dort Politik zu machen, wo es uns weiterbringt: Hier und jetzt, aber trotzdem umsichtig und dem Bewusstsein um unsere Geschichte und ihrem globalen Charakter. Es gilt einen Weg zwischen (anlassbezogener)

"Feuerwehrpolitik" die nur mit flachen Parolen arbeiten kann und dem alten linken Sektierertum zu gehen

***** Was wir wollen...**

... ist eine starke revolutionäre Bewegung: -> ohne betonierte Wahrheit und Tunnelblick ´a la SAV o.Ä. -> und mit dem Schwung und der aktionistischen Beweglichkeit von Bambule aber getragen von organisierten Zusammenhängen. Auch wir haben Kritik an Avanti - sowohl inhaltlich als auch praktisch, die wir auch gewillt sind zum gegebenen Zeitpunkt zu äußern (3). Wir haben aber keine Lust, sie zu unserem bestimmenden Thema zu machen: Entweder mensch entscheidet sich für eine mehr oder weniger enge Zusammenarbeit, oder mensch sucht sich seine Bündnispartner woanders. Sicher trägt Avanti seine Positionen nicht nur in die Öffentlichkeit sondern auch in die Bündnisse, dass sie viele Bündnisse und Treffen "dominieren" liegt aber wohl weniger an ihrer Machtgeilheit, als daran, dass sie halt mittlerweile fast die einzige kontinuierlich arbeitende Gruppe in S-H sind (wie die FreibadheldInnen ja richtig bemerkten). Wenn sich bei der Vorbereitung zur Antifa-Demo am 1. April in Lübeck einzelne Avanti-"ExpertInnen" hinstellen und auf Mobilisierungsveranstaltungen ihr Non-plus-Ultra Blockadekonzept vorstellen, ist das natürlich schon mal prinzipiell blöde. Wenn der Großteil des Publikums sich dieses -vielleicht gar nicht so falsche- Konzept lediglich anhört, nicht mal nachfragt, geschweige denn ein Parallelkonzept oder eigene Inhalte einbringt, ist das Dilemma der autonomen Linken perfekt. Dies gilt es tatsächlich zu ändern: Wir wollen eine starke autonome Position und Organisation in S-H, nicht gegen, aber neben Avanti. Und wie lautet doch ein alter Spruch: "Don`t murn, organise!"

---

(3) Um das zumindest in einer Fußnote zu erwähnen: Die Bezeichnung der Antifa-Demo in NMS als "unpolitische Trotzreaktion" von einigen Avantis ist schon recht abenteuerlich. Wenn es lediglich trotzig ist in einer braunen Stadt gegen Nazis zu demonstrieren, weil es aufgrund der Zerstrittenheit des "linken Lagers" und den Kräfteverhältnissen in der Stadt frustig ist, dann ist jedwede linksradikale Politik heute eine "unpolitische Trotzreaktion". Die Revolution ist nicht so bald zu erwarten, ist es deshalb sinnlos und falsch heute eine revolutionäre Fahne zu tragen?



*** Mit solidarischen, kämpferischen Grüßen, Gruppe Zunder (Kiel) --- zunder-kiel@yahoo.de

*** Abschließend noch der Aufruf an die ehemaligen FreibadheldInnen, sich wie angekündigt, in welcher Form auch immer, der Debatte nicht zu entziehen und aufgeworfene Fragen zu klären. Alles andere wäre, Euch an Eurem Text gemessen, unglaubwürdig. Auch die Positionen von allen anderen Gruppen, insbesondere die vom Avanti-Projekt, würden uns sehr interessieren!

Zu der Kritik an Avanti - Projekt undogmatische Linke im Nachbereitungspapier der "FreibadheldInnen"

zur Demonstration am 30.9.2006 in Neumünster

In einem längeren Papier, das zur Nachbereitung der Demonstration gegen den "Geburtstag" des Club 88 in Neumünster am 30.9.2006 entstand, wird Avanti - Projekt undogmatische Linke massiv kritisiert . Avanti versuche, "jegliche Diskussion über Form der Struktur (von Bündnissen) und des Protestes von vorn herein zu negieren", das Verhalten von Avanti zur Demonstration am 30.9.2006 sei "antiemanzipatorisch und verlogen" gewesen, etc.

Wie uns durch das Schreiben der FreibadheldInnen deutlich wurde, gehen wir vielleicht zu sehr davon aus, dass unsere politische Arbeit sich quasi "von selbst" erklärt und als Ausdruck unserer verschiedentlich dargelegten Grundüberzeugungen und strategischen Überlegungen verstanden wird. Dabei verkennen wir offensichtlich, dass in der alltäglichen Praxis oft nur Teile unserer Aktivitäten wahrgenommen, und manchmal fehlinterpretiert werden. Im Folgenden werden wir uns nicht mit allen Aspekten des Textes auseinandersetzen. Stattdessen wollen wir die von uns verfolgten Bündnispolitik erläutern und unser Selbstverständnis der Zusammenarbeit mit anderen linksradikalen Gruppen darstellen.

Wir sind eine Organisation, die zur Zeit aus sechs Ortsgruppen in Flensburg, Kiel, Norderstedt, Lübeck, Hamburg und Hannover besteht. Da in dem Papier vor allem das Handeln der Ortsgruppe Kiel kritisiert wird, nehmen wir "KielerInnen" hier Stellung. Wir verstehen uns als revolutionäre Organisation. Als solche setzen wir uns im politischen Handeln unserer Ortsgruppen und der städteübergreifenden Arbeitsgruppen "über kurzfristige Projekte und Kampagnen hinaus strategische Ziele, an denen wir langfristig unsere Politik bestimmen." (Zitate ohne weiteren Verweis stammen aus unserem Grundsatzpapier) Überragende strategische Ziele sind für uns zur Zeit die Herstellung politischer Interventionsfähigkeit, deren Verfestigung und Ausbau durch gesellschaftliche Verankerung sowie die Schaffung, Erhaltung und Weiterentwicklung von revolutionärem und demokratischem Bewusstsein. "Gesellschaftliche Verankerung meint ... die Einbettung von Avanti in ein Netzwerk von

Bündnissen und/oder Kontakten sowohl mit anderen linken (nicht unbedingt revolutionären) Organisationen als auch mit politisch interessierten und engagierten Menschen." In diesem Sinne beteiligen wir uns seit Jahren beispielsweise am "Runden Tisch gegen Rassismus und Faschismus Kiel" und haben auch versucht, die Position antifaschistischer Gruppen im Bündnis gegen Rechts Neumünster kontinuierlich zu unterstützen. "Der Runde Tisch" in Kiel hat unter unserer Mitwirkung mit der "Kieler Erklärung" ein eindeutig antikapitalistisches Selbstverständnis formuliert und nimmt diese Zielrichtung in seine Aktivitäten regelmäßig mit auf. Eine solche Bündnisarbeit entspricht unserer Vorstellung der Entwicklung politischer Interventionsfähigkeit und gesellschaftlicher Verankerung. Grundvoraussetzung hierfür ist die aktive Mitarbeit in verschiedenen sozialen Bewegungen, in Initiativen und Bündnissen. "Denn Verankerung entsteht zuallererst in der praktischen Zusammenarbeit, durch gemeinsame Erfahrungen in politischen Kampagnen und Kämpfen." Unsere Mitarbeit und unsere Initiativen sollen die jeweilige Bewegung voranbringen und nicht etwa unseren kurzfristigen Eigennutz in den Vordergrund stellen. Andere sollen uns als faire und verlässliche PartnerInnen in der Zusammenarbeit erleben, die ihre Positionen offen vertreten und - wo vertretbar - zu vernünftigen Kompromissen bereit sind. Dies gilt gegenüber BündnispartnerInnen aus dem bürgerlichen Lager genauso wie gegenüber solchen aus dem linksradikalen/autonomen Spektrum. Die unterschiedliche Ausrichtung und Zusammensetzung der Bewegungen erkennen wir an und bewerten sie positiv, da gesellschaftliche Veränderung nur als Auseinandersetzung um unterschiedliche Gesellschafts- und Emanzipationsvorstellungen denkbar ist.

Durch die langjährige Arbeit von Avanti und seinen Mitgliedern, insbesondere die Mitarbeit in den Strukturen, die aus den verschiedenen Bewegungen entstanden sind, verfügt Avanti oft über viele Informationen und Fachwissen. Diese Informationen teilen wir auf der Basis einer fairen Zusammenarbeit. Voraussetzung für diese ist Vertrauen und eine Verständigung über die politischen Grundlagen der Arbeit und den Einsatz der Informationen. Wir verstehen uns erklärtermaßen nicht als Dienstleister für andere Linke. Gerne Teilen wir jedoch unser Wissen und Informationen mit Personen und Gruppen, die sich an der mühseligen Arbeit der Diskussion und Informationsbeschaffung beteiligen oder in Bündnissen im gegenseitigen Vertrauen mit uns zusammenarbeiten.

Im Bereich Antifaschismus ist unsere Politik seit vielen Jahren, mit dem Aufbau breiter Bündnisse und der Entwicklung von massenhaftem zivilem Ungehorsam zur Verhinderung von Neonazi-Aktivitäten und -Aufmärschen beizutragen. Besondere Stärke entwickelte die antifaschistische Bewegung in Kiel dadurch, dass es immer wieder gelang, die verschiedensten Aktionsformen nebeneinander bestehen zu lassen, offen zu diskutieren und oftmals sogar zu koordinieren.
In der Auseinandersetzung um die Aktivitäten gegen das 10-jährige Bestehen des Club 88 in Neumünster haben wir daher versucht, das Bündnis gegen Rechts Neumünster zu stärken und den Runden Tisch für Toleranz und Demokratie der Stadt Neumünster sowie verdi für ihre ausgrenzende Position gegenüber aktiven AntifaschistInnen öffentlich zu kritisieren. Wir hatten die begründete Hoffnung, dass sich mittelfristig aus den Resten der verbliebenen Bündnisse und Gruppen neue, stärkere gemeinsame antifaschistische Aktivitäten entwickeln lassen könnten. Dabei stand für uns im Vordergrund, zumindest mit den verbliebenen klar antifaschistisch positionierten Gruppen und Einzelpersonen eine gemeinsame Basis zu erhalten.
In dieser Situation rief eine bis dahin unbekannte Gruppe namens "FreibadheldInnen" zu einer rein autonomen Demonstration am 30.9.2006 auf. In dem Aufruf, der sich im großen und ganzen darum bemüht, autonomer Politik mit dem schlichten Mittel der Aneinanderreihung zahlreicher linker Abgrenzungsbegriffe ein eigenes Profil zu geben, und dabei seltsam inhaltsleer blieb, heißt es unter anderem:
"Teile der Linken versuchten diese Jahr, wie auch in den letzten Jahren, eine neumünsterweite antifaschistische Volksfront zu etablieren. Dies ist, wie auch in den letzten Jahren, gescheitert. Es scheint sich ein Trend zur Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlich Tragenden Kräften von fast allen Parteien bis hin zu den sog. Gewerkschaften zu forcieren. Dies bewerten wir erst mal nicht als schlecht, allerdings ist dieses Konzept nur möglich bei gleichzeitiger Artikulation und Ausübung radikaler linker Politik. Doch diese linke Volksfront-Mentalität hat oftmals zu einer Verwässerung dieser von der Wurzel an strukturierten Politik geführt."
Der Aufruf zu einer Rückkehr zu einer "von der Wurzel an strukturierten Politik" bei gleichzeitiger Beschimpfung der Gewerkschaften als "sog." kann nur als eine offene Absage an die Zusammenarbeit mit anderen antifaschistischen Kräften verstanden werden. Dies widerspricht unserem Verständnis antifaschistischer Arbeit. Für uns liegt Radikalität nicht in der isolierten und ausgrenzenden Propagierung der eigenen politischen Identität, sondern im gemeinsamen Aufbau gesellschaftlicher (in diesem Fall: antifaschistischer) Gegenmacht. Aus diesem Grunde hat Avanti den Demonstrationsaufruf nicht unterstützt. Ausdrücklich weisen wir darauf hin, dass wir weder öffentlich noch im privaten Kreise auf Interessierte mit dem Ziel eingewirkt haben, sie von der Teilnahme abzuhalten. Selbstverständlich haben allerdings einzelne von uns in Diskussionen zu den Ereignissen in Neumünster unsere Position vertreten.
In dem jetzt vorliegenden Papier der "FreibadheldInnen" wird uns unterstellt, wir hätten die Demonstration nicht unterstützt, weil in dem Aufruf "Informationen zu Nazis und deren Strukturen (mit einem) Diskussionsbeitrag zum autonomen Antifaschismus verknüpft" wurden. Avanti bevorzuge statt dessen "inhaltsschwache Mobilisierungen mit Phrasen und wenig politischer Auseinandersetzung und Analyse."



Inhaltsschwach war aber vor allem der Demonstrationsaufruf der "Freibadheld-

Innen". Die in dem Aufruf enthaltenen Informationen zu Nazis und deren Strukturen sind seit langem bekannt und vielfach veröffentlicht. Den vor allem an die Szene gerichteten Aufruf lesen wir nicht als politische Analyse, die in sinnvoller Weise mit dem Thema der Demonstration verknüpft ist, sondern als eine bloße Aufzählung von (vermeintlichen) Grundlagen autonomer Politik. Was diese Aussagen in einem Aufruf zu einer Antifa-Demonstration zu suchen haben, ist uns nicht nachvollziehbar - so wird von vornherein ausgeschlossen, dass der Aufruf antifaschistisch eingestellte Menschen, die sich nicht selbst als Autonome begreifen erreicht, jegliche Form erfolgversprechender antifaschistischer Zusammenarbeit, geschweige denn gesellschaftlicher Verankerung oder politischer Interventionsfähigkeit von vornherein verbaut.

Nochmals: Für uns ist es wichtig, dass antifaschistische Politik auch immer die konkreten gesellschaftlichen Verhältnisse in den Blick nimmt, die etwa das Erstarken der Nazis erst ermöglichen - das sollte etwa unsere Beteiligung an der bundesweiten Kampagne "NS-Verherrlichung stoppen!" zeigen, die Nazi-Großaufmärsche in den Kontext deutscher Geschichtspolitik, deutscher "Normalisierung" und expansiver Außenpolitik stellt und die das langfristige Ziel hat, sowohl die Nazidemos zu verhindern als auch diesen gesellschaftlichen Verhältnissen etwas entgegenzusetzen.

Eine solche Verknüpfung von antifaschistischer Politik mit gesellschaftlichen Analysen setzt aber eben den Willen zur offenen und selbstkritischen Auseinandersetzung mit diesen Themen voraus, nicht eine bloße Aufzählung linker Befindlichkeiten. Avanti ist entstanden aus der autonomen Bewegung der 80er Jahre, die einige von uns jahrelang mitgeprägt hatten. Eine der Lehren, die wir aus den Erfahrungen der autonomen Bewegung (die damals inhaltliche Grundlagen beispielsweise in der Anknüpfung an die italienische ArbeiterInnenautonomie hatte) gezogen haben, war die Entscheidung, uns zu organisieren. Wir haben diese Entscheidung konsequent vorangetrieben. Wie alle anderen Linken haben auch wir den Niedergang linker Bewegung seit 1989 erlebt. Weil wir uns organisatorische Strukturen und inhaltliche Grundlagen geschaffen haben, konnten wir unsere Strukturen aufrechterhalten, auch wenn viele unserer Hoffnungen sich nicht erfüllt haben. Große Teile der radikalen, insbesondere der autonomen Linken sind heute zersplittert und politisch in inhaltsleerer Symbolik verhaftet. Dies blockiert auch unsere Arbeit. Natürlich wünschen wir uns eine lebendige Zusammenarbeit und einen intensiven Austausch und eine gemeinsame Arbeit mit kontinuierlich arbeitenden Linken. Insofern rufen wir alle Menschen, die ein Interesse an der Fortentwicklung linker Politik und linken Widerstands haben, dazu auf, sich zu organisieren und die Grundlagen für eine solche Arbeit zu schaffen.

Avanti - Projekt undogmatische Linke - Dezember 2006

Sie schützen Merkel, Bush, Putin und Co.

Die Wände sind frisch gestrichen, sämtliche Computer vernetzt: Für den Schutz des G8-Gipfels und der Veranstaltungen der deutschen EU-Präsidentschaft hat die Bundespolizei in Bad Bramstedt einen kompletten Trakt reserviert, in dem sich seit wenigen Tagen der "Führungsstab G8/EU" trifft. Der Job der 27 Beamten: Sie sind bundesweit für die Sicherung aller Veranstaltungen verantwortlich, die im Zusammenhang mit dem deutschen G8-Vorsitz und der deutschen EU-Präsidentschaft stehen. "Schwerpunkt ist natürlich der G8-Gipfel in Heiligendamm", sagt der Bramstedter Vizepräsident Hans-Georg Lison. In dem Trakt auf dem Gelände an der Straße Raaberg laufen sämtliche Informationen zusammen, die für die Sicherung der Veranstaltungen bedeutsam sind. Bereits jetzt arbeitet die Bundespolizei eng mit der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern und dem Bundeskriminalamt zusammen. Lison: "Wir telefonieren täglich miteinander." Die Zuständigkeiten sind klar geregelt: Die Bundespolizei sichert die Grenzen, den Bahn- und den Luftverkehr. Den Auftrag, die Führung für das gesamte Bundesgebiet und 33 000 Bundespolizisten zu übernehmen, hat Innenminister Wolfgang Schäuble der Bramstedter Behörde übertragen. Kommt es zum Beispiel auf einem Münchener Bahnhof zu einem schweren Zwischenfall, übernehmen die Beamten im Holsteinischen die Einsatzführung. Schon jetzt ist der Führungsstab rund um die Uhr erreichbar. [...] Sie müssen auch gewährleisten, dass Demonstrationen friedlich über die Bühne gehen. Lison: "Es werden etliche Teilnehmer zu Versammlungen kommen - auch aus dem Ausland." Dass auch Gewalttäter einreisen, will die Bundespolizei möglichst verhindern. So halten die Führungsbeamten die Wiedereinführung von Grenzkontrollen für denkbar. Um ausländische Randalierer fernzuhalten, werden zwölf ausländische Polizei-Kollegen für den schnellen Draht zu den Dienststellen in ihrer Heimat sorgen. [...]

Quelle: HA 10. Februar 2007

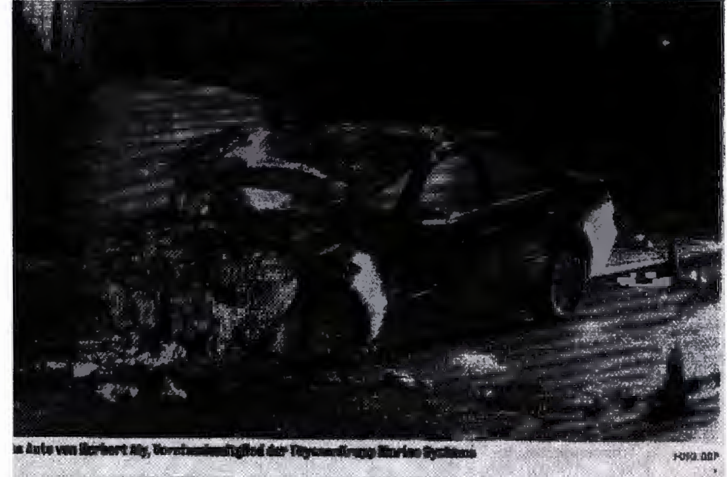


FOTO: DDP

Bekennerschreiben nach Anschlägen

– Nach den Anschlägen f Dienstwagen und ein Haus n Vorstandsmitgliedern der ftwerft ThyssenKrupp Marine stems ist ein Bekennerschreiben n aufgetaucht. Es ging am ontag bei der „Hamburger Morgenpost" ein, wie die Zeitung mitteilte. Die Polizei bestätigte die Existenz eines Bekennerschreibens. Dem Blatt zufolge übernahm die Gruppe „Revolutionäre Anti-Militaristische Aktivistinnen" in dem Schreiben unter dem Motto „Nato-Kriegskonferenz in München angreifen – G8-Treffen in Heiligendamm lahm legen" die Verantwortung für die „militanten Aktionen gegen Rüstungsmanager". Der Brief sei den Behörden übergeben worden. AP

EXTREMISMUS VIER WOCHEN NACH BRANDATTENTAT AUF THOMAS MIROW

Schon wieder Anschläge – diesmal auf zwei Hamburger Topmanager



Nachbereitung Siko 07

"Shut down Siko & G8" - unter diesem Motto gingen wir dieses Jahr gegen die Nato-Kriegskonferenz in München auf die Strasse, bereits zum sechsten Mal. Eine kleine Auswertung.

Shut down Siko and G8 - Die Logistik des Krieges blockieren!Nachbereitung der Aktionen gegen die Siko 2007

Die Mobilisierung gegen die Siko 2007 wurde von allen beteiligten Gruppen in München, d.h. im breiten Aktionsbündnis sowie in linksradikalen Vorbereitungskreisen, schon von Anfang an wesentlich in den Kontext zur Anti-G8-Mobilisierung gestellt. Das wurde sowohl von bundesweiten als auch von schweizer und österreicher Zusammenhängen positiv aufgenommen, es gab auch eine Solidaritätserklärung von einem internationalen Anti-G8 Treffen in Warszawa. Zur Verbindung der Mobilisierungen wurde nicht nur inhaltlich abstrakt auf die militärische Absicherung kapitalistischer Interessen hingewiesen, sondern in verschiedenen Medien insbesondere zu den Aktionen gegen das Bombodrom und zu massenhaften Blockaden des Militärflughafen Rostock Laage aufgerufen. Dies führte ca. drei Wochen vor der Siko zu einer breiten Repressionswelle gegen linke Strukturen in München Insgesamt 11 linke Projekte, Betriebe und Privatwohnungen wurden durchsucht, zahlreiche Computer und Mobilisierungsmaterialien wurden beschlagnahmt, neun GenossInnen wurden ED behandelt. Dieser Angriff auf linke AktivistInnen und ihre Kollektivbetriebe sowie auf linke Infrastruktur hatte eine breite Solidarität und einen zusätzlichen Mobilisierungseffekt zur Reaktion. So gab es, neben zahlreichen Solibekundungen und -aktionen bundesweit, in München selbst eine spontan organisierte Antirepressionsdemo mit 200 TeilnehmerInnen aus den verschiedenen Spektren. Seit diesem Zeitpunkt sind die geplanten Blockaden in Rostock Laage auch über die linke Szene hinaus den Leuten ein Begriff - so war eine der beliebtesten Parolen: "G8 blockieren - keine Frage, wir sehen uns in Rostock Laage"

Die bundesweite und internationale Mobilisierung gegen die Siko erhielt durch den bevorstehenden G8-Gipfel zusätzlichen Auftrieb. In München selbst fanden im Vorfeld einige interessante inhaltliche Veranstaltungen zu globalem Krieg und der Rolle der NATO statt. Während dieses Jahr leider nur wenig Plakate im Münchner Stadtbild zu sehen waren, funktionierte dafür die Medienarbeit im Vorfeld ganz gut. Auf den verschiedenen Pressekonferenzen wurden wichtige Punkte zur Mobilisierung gegen die Sicherheitskonferenz vermittelt, z.B. die Verbindung der Mobilisierungen gegen die Siko und den G8, warum wir zu einem geschlossenem Block auf der Demo mobilisieren, sowie Kritik an der Konferenz selbst. Die Mobilisierung gegen die Siko erhielt in diesem Jahr im Vorfeld auch wegen der militanten Aktion von R.A.M.A in Hamburg mehr Aufmerksamkeit von den Münchner Lokalmedien. Negativ fiel uns allerdings ein demobilisierender Artikel in der Jungle World auf, in dem die Bedeutung der Siko heruntergespielt wurde. Ausserdem wurde in einem SZ-Artikel Claus Schreer, und mit ihm die an den Protesten Beteiligten, diffamiert. Außerdem lieferte Horst Teltschik mit seinem Zitat "Es ist die Tragik jeder Demokratie, dass bei uns jeder seine Meinung öffentlich vertreten darf und dass man politisch Verantwortliche in einer Demokratie schützen muss. In Diktaturen würde so etwas nicht passieren." eine Steilvorlage für unsere Kritik an der Militärtagung und disqualifizierte somit nicht nur sein eigenes Gewäsch bezüglich der Siko als "Friedenskonferenz", sondern auch die naiven Versuche von NGOs wie "Human Rights Watch", die Konferenz kritisch zu begleiten. Dieses Jahr gab es die gemeinsame Entscheidung des Bündnisses, sich auf keine Kooperationsgespräche mit Bullen und KVR im Vorfeld einzulassen. Diese Haltung war angesichts des repressiven und eskalativen Vorgehens seitens der Bullen in den Vorjahren, wozu z.B die Missachtung gerichtlicher Beschlüsse 2006 gehörte, die richtige Entscheidung.

Am Dienstag vor dem Siko-Wochenende gab es wieder eine Jubeldemo unter dem Motto "Krieg ist geil", die sich mit bunten Papppanzern und ironischen Transpis durch die Innenstadt bewegte. Knapp 100 Leute nahmen teil, an einem Wochentag, bei durchgängigem Schneeregen und mauer Mobilisierung nicht schlecht. Trotzdem glauben wir, dass die mittlerweile mehrfach wiederholte Aktionsform der Jubeldemo in Augen einiger AktivistInnen ihren Reiz verloren hat.

Die Woche vor und während der Konferenz wurden im Convergence Center im Kafe Marat einige Workshops sowie aktuelle Infos zu den geplanten Aktionen angeboten. Es fanden mehrere große Infoplena statt, bei denen gemeinsam über Repression und gemeinsames Auftreten auf der Demo informiert wurde. Das CC wurde dieses Jahr von weniger organisierten Gruppen genutzt, auch deshalb fand kein wirklicher Diskussionsprozess statt und es sind diese Jahr keine Aktionen vom CC ausgegangen. Extrem genervt sind wir von den Leuten, die zwei ältere PKWs von AnwohnerInnen demoliert haben. Insgesamt bewerten wir die gemeinsame Organisation des CC aber als sehr positiv.

Die Großdemonstration am Samstag startete mit einer inhaltlich gelungenen Auftaktkundgebung am Marienplatz. Leider wurde es verpasst, die Mobilisierung gegen die Siko in Verbindung zu den massenhaften Protesten gegen den NATO-Gipfel in Sevilla und zur Großdemo gegen die NATO-Basis in Vicenza zu stellen, die in zeitlicher Nähe stattfanden.

Positiv war unserer Meinung nach auch, dass dieses Jahr im breiten Bündnis wieder ein klarer Beschluss gegen Nationalfahnen auf der Demo ausgesprochen wurde.

Insgesamt kamen ungefähr 4500 Menschen, d.h. etwa doppelt so viele wie 2006. Vor allem die Beteiligung bundesweiter Städtezusammenhänge war dieses Jahr stärker, was u.a. einen Grund dafür darstellen dürfte, dass der internationalistische Block groß (ca. 1000 Leute) und geschlossen war. Die Leute ließen sich von den Schikanen eines mehrreihigen Bullenspaliers nicht einschüchtern. Seitentransparente wurden zwar nur kurzweilig durchgesetzt, dafür konnten aber während der Demo Verhaftungen weitgehend verhindert werden. Zum dritten Mal in Folge musste auch diesmal wieder ein Bullenhelm dran glauben, der schließlich angekohlt und zerbeult auf einer Stange aus dem Block hochgehalten wurde. Der Block hat sich also z.T. sehr erfolgreich gegen das Vorgehen der Polizei gewehrt. Bei den verschiedenen Versuchen, die Bullen aus der Demo und von der Straße abzudrängen hat unsere Demoleitung den Block tatkräftig unterstützt, was alle ziemlich begeistert hat. Aber auch von der BeobachterInnenstruktur und von den DemoteilnehmerInnen die um den Block herum unterwegs waren erfuhren wir im Block viel Unterstützung, immer wieder

mischten sich in brenzligen Situationen Leute von außen ein. Diese Spektrenübergreifende Solidarität ist uns auch dieses Jahr wieder sehr positiv aufgefallen. Allerdings wurde es scheinbar verpasst, bekannte Zivis im hinteren Teil des Blocks zu outen.
Gekürzt aus www.de.indymedia.org



Lust auf Freiheit

Unsere Geschichte als Klassenkampf von unten verteidigen
aus: Junge Welt, 24.02.07

Was müssen wir uns eigentlich noch von dem medialen Mob der Springer-, Bertelsmann-, Spiegel- und TV-Mogule gefallen lassen? Dass von BZ und anderen aufgewiegelte Durchgeknallte (wie damals Josef Bachmann, der Attentäter von Rudi Dutschke) einer Aufforderung zu Lynchmord mit präziser Ort- und Zeitangabe nachkommen? Diese schreibenden Hofschranzen des Kapitalismus; mit der Macht der Konzerne im Rücken betreiben sie vereint die Diabolisierung von Widerstand, von Verhetzung durch primitivste Diffamierung der letzten Gefangenen aus der RAF. Das ist nicht nur feige und bösartig, es ist die erprobte Jauche, mit der die Köpfe der Massen im Faschismus, davor und danach gedüngt wurden. Die Saat ist bekannt. Auch die gegenwärtige: Rassismus, Kriegseinsätze, Folter, Lager, Geheimgefängnisse usw.

Auch wenn wir uns hüten müssen, die veröffentlichte Meinung für die Meinung der Menschen zu halten, stoßen wir doch selbst im linken Milieu immer stärker auf die Wirkungen ihrer Denunziationskampagnen. Die herrschende Kultur- und Medienmaschinerie baut auf das Unwissen und Halbwissen der Jungen.

Mit der Komplizenschaft der alten Intellektuellengarde, die zu ihr übergelaufen ist, zermahlt sie die kurze, aber heftige 68er Geschichte und die Akteure des revolutionären Aufbruchs und Ausbruchs aus der deutschen nachfaschistischen und kapitalistischen Kontinuität. Ein schmutziger Brei aus plumper Verteufelung (Bild-Zeitung), herrschaftsdummer Psychologisierung (Kraushaar/Reemtsma) (1), unsäglicher Verlogenheit, Heuchelei und triefender Dummheit rinnt durch die bürgerlichen Medien. Die deutsche Elite und all ihre medialen Wasserträger haben kein Problem mit ihrer faschistischen Geschichte, deren Akteuren, deren Ungeheuerlichkeiten, deren Millionen Toten. Sie haben kein Problem mit den heutigen Kriegen, die für ihren Reichtum und für ihre Macht die Welt und die Menschen verwüsten. Sie haben kein Problem damit, dass weiterhin Millionen leiden, hungern und sterben, damit ihre Macht, ihr Reichtum erhalten bleibt. Sie kennen keine Reue, sondern nur Wiederholungen, sie kennen keine Entschuldigungen, nur Rechtfertigungen für ihre ehemaligen und jetzigen Verbrechen oder deren Verheimlichung; sie verunglimpfen die Opfer und ehren die Täter, benennen öffentliche und nichtöffentliche Orte nach ihnen. Alles kein Problem.
Aber sie haben ein ungeheuerliches Problem damit, dass es vor vierzig Jahren eine kleine Schar von Menschen gab, die entschlossen den Kampf gegen sie und ihr kapitalistisches Machtsystem aufgenommen hatten. Die letzten politischen Gefangenen aus diesem Kampf haben ihre juristische Strafe abgesessen, und die Medien feuern den deutschen "Kopfab"-Mob an, die Gefangenen mit "ihrem gesunden deutschen Volksempfinden" draußen zu empfangen. - No pasaran!

Symbole zurückgewinnen

Es wird immer schwieriger, die Geschichte des antifaschistischen Widerstands und unsere nachfolgende Widerstandsgeschichte der herrschenden Denunzierung und dem Verrat zu entreißen. Und es wird auch immer schwieriger, die grundsätzlich moralische Notwendigkeit von Rebellion zu behaupten - als kollektiver Akt der Menschenwürde gegen die Unterwerfung unter eine unwürdige kapitalistische Gesellschafts- und Menschheitsentwicklung. Schwierig nicht deshalb, weil uns die Erinnerung abhanden kommt, sondern weil die Unterwerfung bereits so komplex, so daseinsförmig ist, so innerlich und selbstverständlich, dass eine unbändige Rebellion Befremden, Nichtbegreifen oder bestenfalls nüchternes Interesse hervorruft, wie ein Gegenstand, der untersucht und verwertet gehört, wie jedes andere Ding auch.

Unzählige junge Leute haben Examen und Doktorarbeiten über den bewaffneten Widerstand geschrieben, Filme und Kunst darüber gemacht, oft mit Sympathie, aber ohne eine Spur der eigenen Auflehnung, ohne eine Spur von Lust und Ahnung auf Freiheit jenseits des kapitalistischen Seins.

Unsere Begriffe und Symbole, für uns leidenschaftliche Antizipation eines anderen Lebensentwurfs, angefüllt mit geschichtlicher Inspiration, bezogen auf die historische Unbeugsamkeit der Klassenkämpfe auf der ganzen Welt, waren unsere verbalen Waffen, die den Gegner kennzeichneten und den Verbündeten Solidarität und Gemeinsamkeit signalisierten. Sie stehen heute im Dienst der Herrschenden. Ihre Hüllen baumeln am ideologischen Kanthaken der imperialen Räuber und ihrer Medienhorden, ihrer Hofhistoriker und Systemexperten. Unsere Begriffe und Symbole werden mit Assoziationsketten gefüllt, die aus der Waren- und Kriegswelt stammen - aus dem Reich der Zombies.

Geht alles in der Gehirnwäsche verloren? Müssen wir neue Begriffe finden, um Freiheit

wieder fühlbar zu machen? Ich weiß noch keinen, der nicht schon eingefangen ist. Aber Revolution heißt für mich noch immer: Umsturz aller Verhältnisse, die aus dem Menschen ein geknechtetes, unterworfenes Wesen machen, was immer die Knechtschaft für ein Gesicht hat: Armut, Ausbeutung, ökonomistische Lebenszurichtung, Terror, Faschismus oder Krieg.

Revolutionäre Politik heißt für mich noch immer: eine Praxis machen, die dieses elendige System grundsätzlich verneint, ihm grundsätzlich jeden moralischen Impetus abspricht, die sich grundsätzlich auf die Seite derer stellt, die von diesem System niedergehalten, gequält, verwertet werden, und die sich dagegen verweigern, auflehnen, es bekämpfen. Revolution ist nicht 1989, ist nicht orange, hat nichts, gar nichts zu tun mit den Gefechten um Anschluss an die imperialistischen Machthaber. Solidarität, Kollektivität, Selbstbestimmung, soziale Gerechtigkeit für alle Menschen sind immer noch Sinn und Ziel revolutionärer Politik. Der Kapitalismus ist die Antithese zu all dem.

Wieso nur wir?

1970 war für uns der politisch/militärisch Angriff der angemessene Ausdruck für unseren Widerstand gegen den Kapitalismus. Das war für uns eine natürliche Sache, denn die weltweite Dynamik der Klassenkämpfe schien einen Sprung an die Kehle des Imperialismus zu machen. Unzweifelhaft hatte die revolutionäre Gewalt der antikolonialen und nationalen Befreiungsbewegungen den Imperialismus erschüttert und teilweise zurückgedrängt. Revolutionäre Gewalt hatte - zu Recht - eine moralische, befreiende Ausstrahlung. Warum sollten wir nicht versuchen, aus der Revolte, die in den sechziger/siebziger Jahren doch eine ganz schöne Masse in den kapitalistischen Staaten ergriffen hatte, einen grundsätzlichen Angriff auf das System werden zu lassen? Warum sollten wir nicht die Chance wahrnehmen? Revolten in Deutschland sind seltene Lichtschächte im autoritären Geschichtstunnel, und sie wurden stets schnell wieder zugeschüttet. Auch wir hatten keine Chance, aber das mussten wir erst rauskriegen.

Die heutigen Fragen: Wieso habt ihr zu den Waffen gegriffen? Was und wer hat euch legitimiert? etc., möchte ich immer häufiger mit der Gegenfrage beantworten: Wieso haben nur wir - ein paar Hände voll - zu den Waffen gegriffen? Wieso sind Zigtausende, die auf dem Weg waren, zurückgefallen,

- obwohl sie begriffen hatten, in welch verbrecherischem Gesellschaftssystem ihr Leben verdingt wird, mit welchen tödlichen Methoden es sich erhält und ausbreitet,

- obwohl auch sie dieses schwache Moment, diese Krise, in der Geschichte des Kapitalismus erkannt hatten, seine momentane Defensive ...

- obwohl - und das ist der entscheidende Unterschied zu heute - die noch existenten Alternativen zum Kapitalismus eine gewisse ideologische und materielle Rückendeckung gaben. Es gab philosophische Horizonte und Häfen für unsere Anstrengungen.

Gewiss, auch mit den Zigtausenden hätten wir die Schlacht nicht gewinnen können, aber den "Geistesheroen der Konterrevolution", wie Lutz Schulenburg so schön sagt, wäre es bedeutend schwerer geworden, den bewaffneten Widerstand als politische Verirrung und persönliche Verwirrung einiger "Terroristen" aus seinem politischen, sozialen und geschichtlichen Bezug zu lösen.

Wem fühlten wir uns verbunden?

Im Großen allen, die sich auf jede Weise gegen die Herrschaft der Sklavenhalter, der Reichen und ihrer politischen Klasse, ihrer Bürokraten, ihrer Bullen, ihrer imperialistischen Gelüste zur Wehr setzten.

Klassenmäßig, ideologisch eher dem Subproletariat und der Subkultur. Die aus dem Verwertungskreislauf geschleuderten oder Ausgestiegenen, die in Heimen und Knästen Kasernierten, die Überflüssigen, die Prekarisierten - wie sie heute bezeichnet werden. Einige von uns hatten sich in sozialen Projekten auf diesem Gebiet politisiert; Heimarbeit, Gefangenenarbeit etc. Aber wir bezogen uns durchaus auch auf das Proletariat, seine klassenkämpferische Geschichte, und wir hielten es für möglich, sie der systemintegrierten Gewerkschaftspolitik zu entreißen. Ja, wir hatten große Träume und leider keine Strategie.

Wir waren "massenfreundlich" trotz des schmählichen Verrats der Arbeiterklasse an der Menschlichkeit während des Faschismus. "Massenfreundlich" hieß für uns "arbeiterfreundlich", und das Versagen der Arbeiterklasse, das Überlaufen zur Unmenschlichkeit im Faschismus haben wir als Versagen der Politik der KPD identifiziert: ihre hierarchische Führung, also mangelnde emanzipative Strukturen, legalistisches Bewusstsein, Abhängigkeit von stalinistischer Politik, Furcht vor dem bedingungslosen Kampf usw. Wir haben wenig, zu wenig differenziert. Als wären die Arbeiter nicht genauso von faschistischen und kapitalistischen Werten deformiert gewesen wie die Mehrheit der übrigen Bevölkerung. Aber die Arbeiter waren einfach die Guten, aufgrund ihrer potentiellen Gegenmacht. Soweit waren wir Marxisten.

Den Intellektuellen - auch den linken - sind wir mit proletarischem Misstrauen begegnet. Ihre Anfälligkeit für Verrat in schwierigen Phasen des revolutionären Kampfes ist eine historische Tatsache und exemplarisch auch in unserer Zeit verlaufen. Den wenigen Intellektuellen, die geistige Partisanen geblieben sind, sei Abbitte geleistet.

Aus unserer Bausch-und-Bogen-Verachtung hat sich ein ideologischer Proletarierkult entwickelt, über den wir zwar selbst gelacht haben, der sich aber doch festgesetzt hat. Was nicht heißt, in der Bewegung 2. Juni wären nur Genossinnen und Genossen aus dem proletarischen Milieu organisiert gewesen. In unserer revolutionären Praxis als Stadtguerilla waren die Klassenhierarchie und die Geschlechterhierarchie überwunden. Im übrigen gehörte zu unserem Anspruch an den "neuen Menschen" die Aufhebung der Trennung von Kopf- und Handarbeit, was für uns konkret bedeutete, uns das nötige Maß an Theorie und Abstraktionsvermögen zu erarbeiten.

Unser ganz konkretes politisches Umfeld war die damalige undogmatische Berliner Linke, die nach dem Auseinanderfallen der APO den Weg der Partei- und K-Gruppengründungen nicht mitgehen wollte. Die, basisdemokratisch organisiert, sozial-politische Stadtteilarbeit machte und der Unterstützung des illegalen, bewaffneten Kampfes aufgeschlossen war. Wir verstanden uns als bewaffneter Arm der legal agierenden, sich noch als Bewegung begreifenden undogmatischen Linken.

Unser Konzept der fließenden Verbindung legaler und illegaler Zellen hat nur eine kurze Zeit wirklich fruchtbar funktioniert. Das sichtbare Beispiel dafür war die Gefangenenbefreiung durch die Entführung von Peter Lorenz (2).

Wieder beginnen

Die Grenzen einer politischen und logistischen Basis in einer sich mehr und mehr zersplitternden linken Bewegung, in einer eingeschlossenen Stadt, waren schnell

erreicht. Wir waren dem perfektionierten Fahndungsdruck nicht mehr gewachsen, machten Fehler. Die gegnerische Durchleuchtung und Durchsetzung der politischen Szene grub uns das Wasser ab. Die Sympathie für uns war zwar immer noch da, aber sie materialisierte sich nicht mehr ausreichend. Wir hatten keine politische Organisation aufgebaut, die in der Legalität eine revolutionäre Strategie propagierte und die illegale Organisation politisch unterstützte. Das war ein fundamentaler Mangel. Wir landeten nahezu alle im Knast. Einige konnten wieder entkommen.

Was dann an bewaffneten Aktionen folgte, war der Versuch, die wenigen Kräfte, derer wir uns sicher waren - und das waren die eigenen -, gegen die imperialistische Machtmaschine in Stellung zu bringen. Das war der Punkt, an dem unser Handeln desperat und hoffnungslos wurde. So hoffnungslos wie die Politik der legalen Linken, deren revolutionäre Träume ebenfalls im tiefen Rückschwung waren. Rückwärtsblickend frage ich mich, ob und wann wir den Rückzug hätten antreten müssen, und ob ein Rückzug strategische Chancen hätte beinhalten können. Für die illegalisierten Kämpferinnen und Kämpfer wäre der Rückzug kaum eine annehmbare Option gewesen, weil sie im legalen Raum der BRD nur die Perspektive von Knast oder Verrat gehabt hätten oder das Exil. Eine Linke, die sie als politische Akteure hätte aufnehmen und absichern können, gab es nicht.

Aber auch, wenn wir sagen, in einer politischen Entscheidung, die aus gesamtprozessualer Verantwortung getroffen werden muss, kann es nicht um die persönlichen Optionen der Akteure gehen, sondern um die Notwendigkeit, neue Ansätze für revolutionäre Politik zu finden, wäre dies realistisch gewesen? Nein.

Ein Vierteljahrhundert erfolgreiche Weiterentwicklung imperialistischer Unterdrückungs- und Herrschaftsformen, Krieg, Eroberung, Terror, Folter, Raub, Überwachung, Zerschlagung sozialer Errungenschaften, die Zerstückelung, Desorientierung und Pazifizierung der Linken durch eine gigantische Manipulationsmaschinerie, die wir einmal angetreten sind zu zerschlagen, die jetzt betrieben wird von den Aufgesogenen, den ehemaligen Aufsässigen, den Überläufern, die unsere Begriffe und Symbole mit hineingenommen haben und sie jetzt für sich arbeiten lassen, all dies lässt den Schluss zu, dass dem Guerillakampf in der BRD und in allen imperialistischen Staaten verdammt mehr Erfahrung, Klugheit, Ausdauer und Unterstützung zu wünschen gewesen wäre.

Jetzt hat sich das irrationale Monster entwickelt, und wir beginnen - vor Schwäche noch taumelnd - wieder von vorn mit dem Suchen nach adäquaten Strategien, ihm beizukommen. Immerhin wir sind schon wieder Millionen.

Inge Viett

Flora im März

Do 1.3., Einlass: 21:00
Konzert: "The Holy Mountain" (düsterer HC aus USA) + "HFK" (HC/Punk aus HH)..

Fr 2.3., 22:00
Party: "Dub Cafe Soli-Party" (Dub & Roots). Soliparty für ein Schulförderprojekt in Mali.

Sa 3.3., 22:00
Party: "Lollipopp" - Benefizdisko für Schwub und Intervention e.V.

Mo 5.3.
Konzert: "Graf Orlock" (Cinema Grind aus Kalifornien) + "Comadre" (HC-Punk aus Kalifornien).

Mi 7.3., 20:00
Flora-Kino: "Durruti in der spanischen Revolution" (Spanien 1998, 55min). Über den spanischen Metallarbeiter und Anarchisten Buenaventura Durruti. Eintritt frei.

Do 8.3. ab 15:00
3-tägiges feministisches Festival: "TAKE BACK THE NIGHT" mit Workshops, Partys, Kickerturnier und Konzerten. Workshops und Kickerturnier nur für Frauen! Workshops: Kräuter, Tattoo, Akrobatik, Boxen, Fem. Selfdefense, Selbstbehauptung, Women's Health, Graffiti, Fanzine, Erste Hilfe, Männer (einziger Workshop für Männer).

Do 8.3., 20:00
Kickerturnier des "TAKE BACK THE NIGHT"-Festivals (3-täg. fem. Festival, s.o.). Nur für Frauen!
ab 24:00 - Party/Konzert mit: "Jason" (aus Berlin). ALL GENDERS WELCOME.

Mi 9.3., 23:00
Konzert: "Abductee S.D." (Punk/HC aus Stockholm) + "Våld" (aus Schweden) + "Drama" (HC/Punk aus Barcelona). Im Rahmen von "TAKE BACK THE NIGHT" (3-täg. fem. Festival, s.o.). ALL GENDERS WELCOME.

Mi 14.3., Einlass: 21:00
Konzert: "The Vicious" (Punkrock/HC aus Schweden) + "Los Retardos" (Punkrock aus Kopenhagen)..

Fr 16.3.
Ungdomshuset Soliparty mit Bands: "Radiator" (Punkrock mit Cello) + "Last Line Of Defense" (HC aus Wedel). Drum'n Bass DJs: Headshot (Basscontrollers, Headshakaz, HH), Bassrk (Grindingecho, HH/HL), Euphoria (HH), Swami (HH).

Sa 17.3., 23:00
Party: "Shanty Town Soundsystem" (Dub / Reggae).

So 18.3., Einlass: 21:00
Konzert: "Vitamin X" (HC aus Amsterdam) + "Rise And Fall" (HC aus Gent/Belgien)

Mi 21.3., 20:00
Infoveranstaltung + Lesung: "Mucheres Libres" - über die anarchofeministische Gruppe im spanischen Bürgerkrieg. Vera Bianchi liest aus ihrem Buch "Feministinnen in der Revolution".

Do 22.3., Einlass: 21:00
Konzert: "Sahn Maru" (Crust-Grind aus Oakland/USA) + "Lies Feed The Machine" (Berliner Neo-Crust)

Freitag 23.3
rote flora 21:00 Konzert und Party gegen G8 mit Bands und DJanes. Einlass: 21:00.

Sa 24.3., Einlass: 21:00
Konzert: "Just Went Black" (HC aus HH) + "BettyOetker" (HC/Punk aus HH) + "kasablanka" (HC/Metal aus HH). Anschliessend Party. Soli für inhaftierten Antifa in Berlin

Fr 30.3., Einlass: 21:00
Konzert: "Louise Cyphre" (HC/Punk aus dem Ruhrpott) + "Towers" (?)

Sa 31.3., Einlass: 20:30
Konzert: "Guts Pie Earshot" (Drums 'n Cello) + "Blickwinkel" (Geigenpunk) + "Sista Lexa" (Drum'n Bass, Reggae)

Termine zum G8

Samstag, 10.03.2007 Hamburg:
Internationales G8-Demo-Vorbereitung-Treffen, 13-19 Uhr, Kölibri, Hein-Köllisch-Platz 12 (S-Bahn Reeperbahn, http://www.koelibri.de), Details: http://www.heiligendamm2007.de/TO_HH 070310.html

Freitag, 11.05.2007 - 13.05.2007
Hamburg: Seminar "the state that we are in - die G8 mit Nicos Poulantzas verstehen", Werkstatt 3, Nernstweg, Anmeldung: http://www.reflect-online.org, VA: reflect! - Assoziation für politische Bildung und Gesellschaftsforschung und buko - Bundeskoordination Internationalismus

Anti G8-Soli-Konzert

Am 23.03.07 werden in der Roten Flora mehrere Hardcore Bands ein wenig einheizen um dem vieler Orts gepriesenen "heißen Sommer" in der Hansestadt etwas Zunder mit auf den Weg zu geben. Tja wie Ihr wahrscheinlich wisst ist einiges los im kommenden Sommer! Eine dicke Demo am 29. Mai ,Aktionstage in Hamburg vom 25.5- 2.6 (z.B. critical mass 25.05) und das CCH (Convergence Center Hamburg) welches während der Tage vom 26.5- 8.6 bis in der Roten Flora zu finden sein wird. (Mehr Infos unter:www.hamburg.dissentnetz-werk.org). Und dann auf nach MV wo es vom 01.06-08.06 zahlreiche Proteste geben wird.(siehe auch:www.dissent-netzwerk.org .) Und da der ganze Spass ja nicht ganz ohne Kohle zu veranstalten ist werden eure Spenden mit dazu beitragen das Klima dieser Tage etwas mehr zum kochen zu bringen.

we are more powerful than they can possibly imagine!
Am start sind bisher egozid (HH) ,cave canem (H) und es werden wohl noch ein zwei mehr werden! - achtet auf flyer und weitere Ankündigungen!

Regelmässige Termine

Montag: Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr (Essen ab 21 Uhr); Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr; Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30 -21 Uhr; Archiv der Sozialen Bewegungen 15 - 20 Uhr (Tel. 433007); Flora Baugruppe 19 Uhr im Bauraum
Dienstag: Dubcafé 19 - 23 Uhr
Mittwoch: artcafé - Café wie es euch gefällt ab 20 Uhr
Donnerstag: Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr